

Drogenökonomie und Gewalt: das Beispiel Kolumbien

Zinecker, Heidrun

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zinecker, H. (2004). *Drogenökonomie und Gewalt: das Beispiel Kolumbien*. (HSFK-Report, 5/2004). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-285011>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Heidrun Zinecker

Drogenökonomie und Gewalt

Das Beispiel Kolumbien

HSFK-Report 5/2004



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autorin:

HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: zinecker@hsfk.de · Internet: <http://www.hsfk.de>

ISBN: 3-933293-99-5

Euro 6,-

Zusammenfassung

Kolumbien ist der weltweit größte Kokaproduzent und Kokainexporteur. Auch seine Schlafmohn- bzw. Opiumproduktion ist inzwischen beträchtlich. Alle drei Kriegsseiten in diesem Land – Guerrilla (vornehmlich FARC), *paramilitares* (vorwiegend AUC) und Staat – finanzieren sich in entscheidendem Maße durch die Drogenökonomie. Auf den ersten Blick liegt deshalb der Gedanke nahe, dass *peace making* und Gewalteinhegung an die Austrocknung dieser globalen Finanzquelle gebunden sind. Wäre dies so, dann läge angesichts der langwierigen, nur globalen Lösbarkeit des Drogenproblems auch die Einhegung kolumbianischer Gewalt in weiter Ferne. Im Report wird jedoch die These vertreten, dass Drogenökonomie in Kolumbien den Krieg zwar finanziell stabilisiert und Wirtschaft, Staat, Zivilgesellschaft – und natürlich auch die Gewalt – anomisiert, aber nicht Kriegs- oder Gewaltursache ist.

Der Report besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil werden die Ursachen für die Herausbildung der kolumbianischen Drogenökonomie aufgezeigt und dann deren Stellenwert in der Nationalökonomie bestimmt. Drogenökonomie hat sich in Kolumbien aufgrund spezifischer komparativer Kostenvorteile – natürlicher (geographische Lage und Konfiguration) wie erworbener (traditionelle mafiöse Handlungsräume, hohe Informalisierung der Wirtschaft, starke Migration von Kolumbianern in die USA, hohe spekulative Rentenmentalität sowie eine chronische Schwäche des Staates) – etablieren können. Für die Nationalökonomie besitzt die Drogenökonomie als ein eigenständiger integraler Wirtschaftssektor wegen höchster Surplusverfügbarkeit und bester Wachstumsperspektiven eine enorme Droh- und Rettungskapazität.

Der zweite Teil des Reports ist dem Zusammenhang zwischen Drogenökonomie und Gewaltkonfiguration gewidmet. Zunächst wird an sechs Punkten gezeigt, dass und warum Drogenökonomie eine anomisierende Wirkung nach außen besitzt: a) Drogenökonomie lebt von der Verflechtung zwischen illegaler und legaler Wirtschaft. b) Sie funktioniert über segmentierte Waren- bzw. Austauschketten sowie Netzwerke und tendiert daher zu verschlungenen, nach innen wie außen anomisierenden Interaktionen. c) Auch die mit ihr verbundene hohe sozioökonomische Mobilität macht sie zu einem anomischen Phänomen mit entsprechender Außenwirkung. d) Trotz oligopolistischer Tendenzen dominiert in ihr – anomisierende – Dezentralisierung über Zentralisierung. Die Bezeichnungen Mafia und Kartell sind daher auf sie nur entterminologisiert anwendbar. e) Drogenökonomie stützt sich auf regionale Fragmentiertheit, verfestigt und anomisiert diese. f) Ungeachtet ihrer Transnationalität hat sie nicht den Anspruch, Globalisierung mit nationalstaatlicher Entwicklung zu verbinden. Drogenökonomie trägt vielmehr zu einer Anomisierung auch der Globalisierung bei.

Bei der dann folgenden Analyse des konkreten Einflusses der Drogenökonomie auf Gewalt wird demonstriert, dass selbst auf nichtkompetitiven Märkten, auch wenn diese von staatlicher Insuffizienz begleitet werden, keine völlige Anarchie herrscht, weil mit Klientelismus und Gewalt Kohäsionssubstitute herangezogen werden können. Doch dieser kompensatorische Ressourcen-Mix wird von den Drogenhändlern ungleichgewichtig angewandt: Gewalt ist lediglich ultima ratio, da zum Ersten die Transaktionskosten von

Gewalt höher als die des Klientelismus sind und zum Zweiten bei der kolumbianischen (im Unterschied zur italienischen) Mafia das Interesse am Florieren des Geschäftes Vorrang hat vor der Macht über Territorien. Im Gegensatz zur Guerrilla steht die „Mafia“ in Kolumbien folglich in keinem Konkurrenzverhältnis zum Staat. Lange Zeit haben die Drogenbosse versucht, über legale Politik in Parteien und im Parlament ein günstiges Klima für ihr Geschäft zu schaffen. Erst ab Mitte der 1980er Jahre begann zwischen Staat und „Mafia“ ein Konfrontationskurs, der sich später jedoch wieder abschwächte. Historisch war in Kolumbien – privatisierte – Gewalt schon inhärent, als noch nicht einmal die Idee des Drogenhandels aufgekommen war. Gleichwohl war es vor allem der Drogenökonomie geschuldet, wenn der zwischenzeitlich, von Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre, strukturierte politische Gewaltkonflikt danach wieder genauso anomisch wurde wie er zuvor gewesen war.

Die – wenig relevante – innermafiotische Gewalt sowie die Gewalt, die von Guerrilla und *paramilitares* ausgeht, sind die beiden wichtigsten Typen heutiger nichtstaatlicher Drogengewalt. Von den Guerrillas sind es vor allem die FARC und von den *paramilitares* die AUC, die sich durch das Drogengeschäft finanzieren. Das Verhältnis zwischen Guerrilla und Drogenökonomie, aber auch zwischen Kokabauern und Guerrilla ist ein unbequemes, opportunistisches und regional unterschiedlich bestimmtes. Der Begriff *narco-guerrilla* wird als unpräzise abgelehnt. Die Partizipation der Guerrilla im Drogengeschäft dient der Finanzierung ihres – von einer allerdings antiquierten Ideologie abgeleiteten – politisch-militärischen Projekts. Im Unterschied zu den Guerrillas kamen die *paramilitares* tatsächlich erst im Zuge der Genese der Drogenökonomie auf. Während die ersten *paramilitares* – wie die MAS – noch ein symbiotisches Verhältnis zu Drogenbossen und Staat hatten, besitzt der heute stärkste *paramilitares*-Verband – die AUC – zwar noch eine enge Liaison zu Drogenbossen, mit dem Staat jedoch, den er wegen seiner Ineffizienz im Kampf gegen die Guerrilla kritisiert, ein Konflikt-Kooperations-Mischverhältnis.

Präsident Álvaro Uribe, der die AUC genauso wie die FARC als terroristische Organisation bezeichnet hat, verhandelt gegenwärtig (bis zum Juli 2004) nur mit den AUC. Im Zuge der Verhandlungen hat er ihnen für die – verlängerbare – Dauer von sechs Monaten eine Konzentrationszone zugebilligt. Große politische Verluste müssten die AUC im Falle ihrer Demobilisierung nicht befürchten. Das Problem besteht jedoch darin, dass die USA als Bedingung für einen Frieden mit den *paramilitares* die Auslieferung der von ihnen als Drogenhändler angeklagten AUC-Chefs fordern, was diese natürlich ablehnen. Es ist offen, wie der treue USA-Verbündete Uribe mit diesem Problem umgehen wird.

Im Report werden die folgenden Schlussfolgerungen gezogen:

- Drogenökonomie ist nicht Ursache der heute in Kolumbien endemischen Gewalt. Es wäre daher nicht nur defätistisch, sondern es ist auch nicht notwendig, der Gewalt bis zur Austrocknung ihrer globalen Finanzierungsquellen, der Drogenökonomie, untätig gegenüberzustehen. Die Gewaltakteure besäßen im Übrigen auch dann noch genügend alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Drogenökonomie stabilisiert und anomisiert aber den Krieg.
- Dies schließt ein und nicht aus, bis zur – wohl noch lange ausstehenden – globalen Lösung der Drogenfrage kleine Schritte zur Verwirklichung von *harm reduction*-

strategies zu gehen. Es ist jedoch unsinnig und sogar gefährlich, das Drogenproblem über die Eliminierung der Drogenfelder durch Besprühung lösen zu wollen und zu glauben, damit auch noch Gewalt einhegen zu können.

- Ebenso absurd wäre es, die nunmehr begonnenen Verhandlungen mit den *paramilitares* mit dem – allerdings richtigen – Verweis darauf abbrechen zu wollen, dass sie für Massaker und das Gros der politischen Morde verantwortlich seien und mit dem Staat kooperierten. Eine Chance, Gewaltakteure über Verhandlung auszuschalten, sollte immer genutzt werden. Doch auch eine solche Verhandlung sollte den Konfliktseiten Konzessionen abverlangen, wie z.B. die Namensnennung der Verantwortlichen für Gräueltaten durch eine Wahrheitskommission und Opferentschädigung. Wird diese Verhandlung jedoch nicht durch substanzielle Friedensgespräche mit der Guerrilla flankiert, dürfte nicht nur der Krieg weitergehen, auch die *paramilitares* selbst werden sich „recyclen“.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Die Drogenökonomie	4
2.1 Ursachen ihrer Herausbildung	4
2.2 Stellenwert der Drogenökonomie in der Nationalökonomie	9
3. Drogenökonomie und Gewaltkonfiguration	11
3.1 Drogenökonomie und ihre anomisierende Wirkung nach außen	11
3.2 Einfluss der Drogenökonomie auf Gewalt	23
3.3 Typen der Drogengewalt	28
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	37
Abkürzungen	41

1. Einleitung

Das Drogenproblem kann nicht unilateral, sondern – als Teil des globalen Wirtschaftskreislaufs – nur international gelöst werden.¹ Bis dahin ist es noch ein langer, komplizierter Weg. Gleichzeitig gelten so genannte „neue Kriege“, wofür Kolumbien – seines Zeichens weltweit größter Kokainproduzent und exemplarisch für einen innerstaatlichen Krieg – immer wieder als Paradebeispiel genannt wird, als grundsätzlich offene, an globalisierte Wirtschaftskreisläufe angeschlossene Kriegswirtschaften, die sich aus Renten finanzieren, die durch den Export von Primärgütern generiert werden.² Nicht selten wird, etwa von US- und Weltbankstrategen, aus der Verknüpfung beider Voraussetzungen der Schluss gezogen, dass eine Eindämmung heutiger innerstaatlicher Kriege von der Austrocknung der entsprechenden globalen Wirtschaftskreisläufe abhängt. Für Kolumbien hieße dies, dem Fatalismus zu verfallen, bis zur globalen Lösung des Drogenproblems dem Krieg nicht beikommen zu können. Selbst eine – zudem wenig wahrscheinliche – Beseitigung der drogenspezifischen komparativen Kostenvorteile³ in Kolumbien würde nach dieser Logik lediglich bedeuten, dass sich mit dem Drogen-Krebs auch die Gewalt in ein anderes Land verlagerte. Hier soll gezeigt werden, dass zumindest für einen solchen „doppelten“ Fatalismus kein Grund besteht: Gewalt kann eingehegt werden, ohne dass das Drogenproblem gelöst wird.

Der in den USA wie in Kolumbien offizielle und dominante Diskurs geht davon aus, dass die nichtstaatlichen Kriegsprotagonisten in Kolumbien nicht mehr politische, sondern ökonomische Akteure sind, die im Drogengeschäft den alleinigen Zweck ihres Daseins sehen und bei der Ausübung dieses Geschäfts auf Gewaltausübung angewiesen sind. Kurz gesagt: Guerrilla prosperiert dort, wo Drogenkulturen gedeihen. Auch dieses Argument stützt sich auf einen Determinismus von Drogenökonomie und Gewalt. Doch hier

1 Vgl. G. Murillo Castaño, *Narcotráfico y política en la década de los ochenta. Entre la represión y el diálogo*, in: C.G. Arrieta/L.J. Orjuela/E. Sarmiento Palacio/J.G. Tokatlian (Hg.), *Narcotráfico en Colombia. Dimensiones políticas, económicas, jurídicas e internacionales*, Bogotá 1990, S. 276. J.G. Tokatlian, *Drogas, dilemas y dogmas. Estados Unidos y la narcocriminalidad organizada en Colombia*, Bogotá 1995, S. 29.

2 Vgl. H. Münkler, *Die neuen Kriege*, Hamburg 2003, S. 20ff, 32, 169ff. (Vgl. auch: P. Collier, *Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy*, Wordbank, Washington D.C. June 15, 2000, S. 3, 21) Anders als bei Münkler wird in diesem Report davon ausgegangen, dass in Kolumbien ein alter (und kein neuer) Krieg geführt wird, der kein Staatszerfallskrieg ist – weil Staatsbildung in Kolumbien nie vollendet war – und der deshalb auch staatsbildend sein könnte. Dieser Krieg hat sich weder erst neuerdings aus globalen Wirtschaftskreisläufen finanziert noch schon alle Züge einer geschlossenen Kriegswirtschaft verloren und steht nicht ausschließlich für offene Kriegswirtschaft. Münklers Beschreibung der zunehmenden Verquickung von kriegerischer und krimineller Gewalt soll hier dagegen nicht, auch nicht für Kolumbien, in Zweifel gezogen werden.

3 Das Theorem der komparativen Kostenvorteile besagt, dass die Vorteilhaftigkeit des Handels zwischen zwei Ländern nicht von den absoluten, sondern von den relativen Produktionskosten der produzierten Güter zueinander abhängt. Ein Land hat bei einem Produkt dann einen komparativen Kostenvorteil und niedrige Opportunitätskosten, wenn es bei diesem auf weniger Einheiten eines anderen Guts verzichten muss als ein anderes Land. Der Begriff wird in diesem Report in einem sehr weiten Sinne verwandt.

hat sich o.g. Langzeit-Determinismus „verkürzt“, weil die Eliminierung von beiden „Übeln“ jetzt und zwar am selben Ort und zur gleichen Zeit realisierbar sein soll. Für Fatalismus bestünde nach *dieser* Logik kein Grund. Denn aus demselben gepanzerten Hubschrauber können sowohl die Kokapflanzen besprüht als auch die Guerrillakämpfer beschossen werden. Das Bild spiegelt durchaus die Realität und ist nicht nur metaphorisch. Doch vor allem illustriert es die Strategie der gegenwärtigen kolumbianischen Regierung unter Álvaro Uribe: Diese meint, Gewalt ohne Beseitigung ihrer wirklichen Ursachen einhegen zu können, allein indem sie Drogenkulturen und (einige) Gewaltakteure ausschaltet. Inkonsistenterweise interpretiert die Regierung dies im Fall der Guerrilla – zumindest der FARC⁴ – kompromisslos militärisch, im Fall der *paramilitares* (paramilitärische Gruppen) – zumindest der AUC⁵ – aber kompromissbereit als Verhandlung.

Es ist völlig unbestritten, dass sich unter den Guerrillas die FARC und unter den *paramilitares* wenigstens die AUC durch eine Partizipation am Drogengeschäft finanzieren. Ist damit jedoch schon bewiesen, dass das Drogengeschäft die Ursache für die kolumbianische Gewalt und den innerstaatlichen Krieg ist? Folgende Argumente sprechen von vornherein dagegen: Erstens, in die globale Schattenwirtschaft (und über legale Produkte wie Chemikalien sogar in den Drogenhandel) sind auch westliche Industrieländer verstrickt. Ihnen bleiben jedoch innerstaatliche Kriege erspart, was die Bedeutung von krimineller Schattenglobalisierung als *genereller* Kausalvariable für innerstaatliche Kriege drastisch herabsetzt. Zweitens, Perú und Bolivien sind zusammen mit Kolumbien im Unterschied zu den Industrieländern Drogenökonomien und dabei die größten Koka-Produzenten, weisen aber weitaus niedrigere Gewaltindizes und keine Kriege auf. Drittens, Gewalt ist in Kolumbien seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten inhärent, noch bevor überhaupt die Idee des Drogenhandels aufkam. Dieser nahm frühestens mit Marihuana in den 70er und mit Kokain erst in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts seinen Anfang. Die FARC existieren aber schon seit 1964 und ihre organisationellen Wurzeln sind noch älter. Bis 1979 hatten sie überhaupt keinen Bezug zu Drogen. Die *paramilitares* entstanden allerdings tatsächlich justament zu dem Zeitpunkt, als Kolumbien in den Kokain-Handel eingetreten war. Viertens, das Gros der Gewalt in Kolumbien geht auch noch heute nicht von Drogenakteuren aus. Es speist sich aus der Gewaltkriminalität, die etwas mit Drogen zu tun haben *kann*, aber nicht muss, so etwa, wenn ganze Hochzeitsgesellschaften einander massakrieren oder der getötet wird, mit dem man gerade um einen Parkplatz konkurriert. Auch nicht jeder *sicario* (Meuchelmörder) steht im Dienste von Drogenbaronen und nicht jede „soziale Säuberung“ wird durch Drogengelder finanziert.

4 Die FARC hatten früher eine starke Anbindung an die Kommunistische Partei und waren vor allem in der Landbevölkerung verankert. Der militärisch weitaus schwächere ELN galt immer als prokubanisch und besitzt stärkere intellektuelle Wurzeln. Er wird – weil nicht drogenfinanziert – in dieser Studie nicht weiter thematisiert.

5 *Paramilitares* (militärähnliche Organisationen) sind neben der Guerrilla der wichtigste nichtstaatliche Gewaltakteur und mit dem Ziel gebildet worden, Guerrilla zu bekämpfen, weil der Staat dazu nicht in der Lage ist. Die AUC, der in Kolumbien heute wichtigste *paramilitares*-Verband, wurden 1995 gegründet.

Hier soll ausgeleuchtet werden, wie eng tatsächlich der Zusammenhang zwischen Drogenökonomie und Gewalt ist. Obgleich die Literatur zu beiden Themen nahezu unüberschaubar ist, existiert noch keine systematische Analyse dieses Zusammenhanges, die nach der Enge diesbezüglicher Kausalitäten fragt.⁶ Das Thema Drogenhandel zeichnet sich – so wie möglicherweise kein anderes Problem – durch Kompliziertheit und Ambivalenz aus. Das Spektrum der Ansichten reicht dabei von der Position, die Drogenökonomie sei Ursache allen gesellschaftlichen Übels, von Nicht-Modernisierung genauso wie von Gewalt,⁷ bis hin zur Meinung, sie sei Generator von bzw. kompatibel mit Modernisierung.⁸ Es dominiert bekanntermaßen die erste Sichtweise.

Der Krieg in Kolumbien hatte sich schon vor dem Aufkommen der Drogenökonomie autochthon finanzieren können und wäre dazu auch bei einer Austrocknung dieser Quelle in der Lage. Ursächlich ist Drogenökonomie für das Entstehen nur eines der drei Kriegsakteure – der *paramilitares* – und ansonsten lediglich für den Formenwandel von einer zwischenzeitlich, von Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre, strukturierten zu einer danach wieder anomischen politischen Gewalt, nicht aber für die Gewaltentstehung. Aber selbst bei der Anomie der Gewalt handelt es sich um nichts grundsätzlich Neues, sondern um die Rückkehr zu einem Vorzustand, der Kolumbiens politische Gewalt schon einmal, von *La Violencia* (1949-1958) bis zur Gründung von FARC und ELN (1964), charakterisiert hat.

Die These des Reports lautet: Die seit seiner Involvierung in den internationalen Kokain-Handel existierende Drogenökonomie in Kolumbien ist nicht Ursache für Krieg und Gewalt in diesem Land, sondern stabilisiert und anomisiert diese lediglich. Anomie (Gesetz- und Regellosigkeit) wird dabei im Sinne Durkheims als Kluft zwischen Differenzierung und Regulierung sozialer Beziehungen und als Gegenstück zu Strukturiertheit gefasst. Drogenökonomie und Gewalt sind also nicht notwendig aufeinander angewiesen, auch wenn die Drogenökonomie als Ressource aller drei Kriegsseiten – Staat, Guerrilla und *paramilitares* – den Krieg stabilisiert. *Peace making* ist daher möglich, ohne das Drogenproblem zu lösen, aber das Drogenproblem wird durch Gewalteinhegung nicht beseitigt.

Zum Nachweis der These soll in zwei Schritten vorgegangen werden: Zuerst werden Genese und Stellenwert der Drogenökonomie in der Wirtschaft des Landes untersucht. Hier wird gefragt, ob die kolumbianische Wirtschaft Drogenökonomie ist bzw. die Dro-

6 Vgl. GTZ, Drugs and Conflict. Discussion Paper by the GTZ Drugs and Development Programme, Eschborn 2003, S. 4.

7 Vgl. z.B. R.B. Craig, Colombian Narcotics and United States – Colombian Relations, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Jg. 23, Nr. 3, 1981, S. 266. G. Palomares, Colombia, la última esperanza, in: Temas para el Debate, Nr. 45-46, 1998, S. 54.

8 Vgl. z.B. F. Leal Buitrago, Political Crisis and Drug Trafficking in Colombia. Two Lectures. Papers on Latin America. No. 21, Columbia University 1991, S. 12. G. Merrem/W. Schiefer/A. Seger, Die Entwicklung des Drogenanbaus und -handels aus Sicht der Vereinten Nationen, in: Entwicklung + ländlicher Raum, Jg. 28, Nr. 4, 1994, S. 5.

genökonomie in ihr so mächtig ist, dass sie die Wirtschaft, aber auch die Politik des Landes und somit auch dessen Gewalt strukturieren kann. Dann soll herausgefunden werden, inwiefern und wie die Drogenökonomie die Gewaltkonfiguration beeinflusst, wobei überprüft wird, welche Gewaltakteure in welchem Zusammenhang mit der Drogenökonomie stehen. Der Umkehrbeweis, welche Faktoren Gewalt verursachen, wenn Drogenökonomie *nicht* der entscheidende Kausalfaktor ist, soll hier allerdings ebenso wenig entwickelt werden⁹ wie ein Konzept zur Lösung des globalen Drogenproblems.

2. Die Drogenökonomie

2.1 Ursachen ihrer Herausbildung

Zunächst stellt sich die Frage, warum gerade Kolumbien zum größten Drogenexporteur in Lateinamerika wurde bzw. welche die komparativen Kostenvorteile sind, die Kolumbien dafür prädestinieren. Krauthausen bezeichnet sie als „[...] typische Hundert-Millionen-Mark-Frage in der sozialwissenschaftlichen Quizshow“, und meint, „der zugehörige Jackpot wird nur ganz selten und meist irrtümlich ausgeschüttet [...]“.“¹⁰ Bei der Beantwortung durch die einschlägige Literatur dominieren multikausale Erklärungsansätze. Parsimonische Erklärungen sind selten und notgedrungen allgemein. Denn schließlich sind Genese-Analysen vom Anspruch überschattet, mit der Isolierung der entsprechenden komparativen Kostenvorteile gleichzeitig die jeweiligen Ansatzpunkte für die Lösung des Drogenproblems aufzeigen zu sollen. Auf dieses Glatteis will sich jedoch kaum jemand begeben. So schreibt Sarmiento recht tautologisch: „Die komparativen Vorteile sind in jenen Ländern gegeben, die die Flüssigmachung des Überschusses genauso wie die Permanenz und Residenz der Drogenhändler erleichtern.“¹¹ Und Leal meint salomonisch: „The drug trade entered Colombia because of social needs and because of opportunity.“¹²

Da *social needs* für die Mehrzahl lateinamerikanischer Länder vorausgesetzt werden müssen, auch für die, in denen Drogenhandel nicht notwendig prominent ist – wobei Kolumbien bei weitem nicht der krasseste Fall für *social needs* ist – sollen im Folgenden die *opportunities* jener komparativen Kostenvorteile im Mittelpunkt stehen, die entscheidend dafür sind, dass Kolumbien wie kein anderes Land zum idealen Ausgangspunkt für Handel und inzwischen auch verstärkt zum Anbaugelände von natürlichen Drogen wurde.

9 Vgl. dazu: H. Zinecker, Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden?, HSKF-Report 2/2002.

10 C. Krauthausen, Moderne Gewalten. Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien, Frankfurt/New York 1997, S. 307.

11 E. Sarmiento Palacio, Economía del narcotráfico, in: Arrieta/Orjuela/Sarmiento Palacio/Tokatlian (Hg.) 1990, a.a.O. (Anm. 1), S. 91.

12 Leal Buitrago 1991, a.a.O. (Anm. 8), S. 12.

(1) Die **natürlichen komparativen Kostenvorteile** Kolumbiens für Drogenhandel ergeben sich in erster Linie aus seiner geographischen Nexus-Lage zwischen den klassischen Koka-Anbaugebieten in Bolivien und Perú und dem hauptsächlichen Verbraucherland USA. Die Nähe zu den Transithäfen in der Karibik und in Zentralamerika und deren Nachbarschaft zu Florida bzw. zur Zona Franca de Colón in Panamá, einem Zentrum des internationalen Schmuggels, besitzt entscheidende Bedeutung. Kolumbien, das den logistischen Vorteil besitzt, an Atlantik und Pazifik zu grenzen, verfügt über weitgehend unbewachte Küsten. Gebirgiges Relief, Dschungel und eine Vielzahl isolierter Regionen bieten exzellente Verstecke für Verarbeitungslaboratorien oder Flugzeugpisten. In Lateinamerika bietet nur noch México ähnlich gute natürliche Voraussetzungen für Drogenhandel.

(2) Die **erworbenen komparativen Kostenvorteile** sollen hier in technologisch-ökonomische und politische getrennt werden. Im Vergleich zu den technologisch-ökonomischen sind die politischen Vorteile insofern entscheidend, als sie – im Vergleich zu technologisch ähnlich ausgestatteten Ländern – das „Zünglein an der Waage“ bilden. Sie sind schwerer zu beseitigen, können aber auch schwerer substituiert werden.

Die **technologisch-ökonomischen komparativen Kostenvorteile** lassen sich wie folgt unterteilen:

- a) **Überdauern von traditionellen mafiösen Handlungsräumen:** In Kolumbien haben sie sich aus einer seit der spanischen Kolonisation währenden und auf entsprechende Handelsrestriktionen zurückzuführenden Schmuggelerfahrung (mit Smaragden, Kaffee, Zucker, Alkohol, später auch Zement, Elektrowaren, Waffen) an den Grenzen zu Panamá, Peru, Ecuador, Brasilien und Venezuela und aus der entsprechend tradierten Infrastruktur ergeben. Insbesondere die Toleranz mit den *San Andresitos*¹³ hat in dieser Hinsicht Ventile geöffnet, weil damit auch eine Entstigmatisierung des Schmuggels und damit der Schattenwirtschaft überhaupt verbunden war. Kolumbien ist der einzige Anden-Staat, der von 1931 bis 1991 den Währungstausch kontrollierte und nichttarifäre Restriktionen (Importverbot) verhängte, was den Schmuggel prosperieren ließ. Dieser fand einen Aufschwung unter Präsident Carlos Lleras Restrepo (1966 – 1970), der eine besonders restriktive Importpolitik betrieben hatte, in deren Folge eine unbefriedigte Nachfrage nach Konsumgütern bei bestehendem Geldüberhang entstand, die nur über Schmuggel befriedigt werden konnte.
- b) **Traditionell hoher Informalisierungsgrad der Wirtschaft:** Auch vor und unabhängig von der Drogenökonomie hat es ein Abschieben großer Bevölkerungsteile in den informellen Sektor gegeben, was eine Reservearmee geschaffen hat, aus der *dann* auch die *narcos* (Drogenhändler) ihr kriminelles Personal nach Belieben rekrutieren konnten. Später erlangte der informelle Sektor durch die ökonomisch schlecht abgesicherte

13 Im Freihafen der Karibikinsel San Andrés besteht die Möglichkeit, zollfrei ausländische Waren einzukaufen und damit ein undogmatisches Ventil für die Härten des Protektionismus zu öffnen, was zur Tradition des Schmuggels mit den dort gekauften Waren (*San Andresitos*) geführt hat.

Reintegration ehemaliger Kombattanten ins Zivilleben noch einen Zufluss, zumal diese über exzellente Konnexionen zum Schwarzmarkt, etwa des Waffenhandels, verfügten, die sie nunmehr auch für den Drogenhandel nutzbar machen konnten.

- c) **Starke Migration von Kolumbianern in die USA seit den 1970er Jahren:** Dass die Kolumbianer zu den größten südamerikanischen Einwanderungsgruppen in den USA gehören, zeitigt zwei den Drogenhandel begünstigende Effekte: Es ermöglicht dies eine unkomplizierte Beteiligung der kolumbianischen Drogenhändler auch an der Distribution ihrer Ware unter den Konsumenten in den USA und die Geldüberweisungen (*remesas*) der in den USA als Gastarbeiter tätigen Kolumbianer erlauben nicht nur künstliche Dollarliquidität, sie öffnen auch eine Vielzahl von informellen Kanälen zum Geldtausch, den die *narcos* zur Geldwäsche nutzen können.¹⁴ Insbesondere das von Präsident Alfonso López Michelsen (1974-1978) in Kolumbien eröffnete *ventanilla siniestra*¹⁵ generierte in dieser Beziehung generelle Respektlosigkeit, da damit – weil die illegale Tauschrate unter der offiziellen lag – der Kauf von Schwarzmarktdollar quasi zur Regierungspolitik erhoben und der Geldwäsche Tür und Tor geöffnet wurde.
- d) **Traditionell hohe spekulative Rentenmentalität:** Rentenökonomien¹⁶ sind auf Importe angewiesen. Wird dem nicht Rechnung getragen, entsteht ein Vakuum, in das Schattenwirtschaft und Schmuggel eindringen können. Dies ist zweifellos ein besonders günstiger Nährboden für das Drogengeschäft. Denn es schafft die Voraussetzung für genau jene freie Verfügung und Mobilität von Surplus, die die Drogenökonomie braucht.¹⁷ Das Problem spitzt sich, wie beim Kaffee, dann und dort zu, wo aufgrund einer Tendenz zum Monoexport bei einem gleichzeitigen Preisverfall auf dem Weltmarkt für das entsprechende Export-Produkt große Angriffsflächen bestehen, weil wegen einer mangelnden Exportdiversifizierung legale Alternativen nicht verfügbar sind.

Was die **politischen komparativen Kostenvorteile** betrifft, so gehen sie im kolumbianischen Fall alle von einer chronischen Schwäche des Staates bzw. von unvollendetem *state-building* aus. Die für Kolumbien typische Absenz der Staatsgewalt besitzt mehrere Aspekte, die allesamt für das Drogengeschäft wesentliche Ressourcen darstellen:

- a) Die **defizitäre Durchdringung** des regional fragmentierten Staatsgebietes durch den Staat ermöglicht vor allem in Kolonisationszonen regionale Narko-Enklaven.

14 In Kolumbien werden 0,4 bis 1,6 Prozent von allen internationalen Geldwäschegeschäften getätigt. Vgl. Policía Nacional de Colombia. Dirección Nacional de Estupefacientes, Centro de Información de Colombia, in: www.presidencia.gov.co/politicas/drogas/.

15 Das ist das „finstere Fensterchen“ in der Staatsbank, wo Devisenmengen in beliebiger Höhe in kolumbianische Pesos umgetauscht werden können, ohne dass nach deren Herkunft gefragt wird.

16 Renten werden hier als ein von der Intervention des Staates unabhängiger Surplus definiert, der sich von dem aus der freien Konkurrenz erwachsenden und marktwirtschaftliche Vergesellschaftung konstituierenden Profit abgrenzt. Es handelt sich dabei um einen monopolistischen Extragewinn, der nicht in die Ausweitung der Produktion gesteckt werden darf, weil sonst eine Zunahme des Angebotes und ein Sinken der Preise erfolgen würde.

17 Vgl. E. Sarmiento Palacio, Economía del narcotráfico, in: Desarrollo y sociedad, Nr. 26, 1990, S. 36.

- b) Die **defizitäre ökonomische Intervention** des Staates befördert Schattenwirtschaft und ein besonderes Wachstum des informellen Sektors und verunmöglicht die Inklusion der Marginalen.
- c) Die **defizitäre juristische Performanz** garantiert Straflosigkeit¹⁸ als illegale Geschäftsressource. Die Anonymität der Richter (Richter ohne Gesicht)¹⁹ und die soziale Akzeptanz des Rechtsbruchs befördern die Straflosigkeit. Es ist legitim, Gesetze zu brechen, da die Kosten dafür gering sind, der Nutzen aber hoch ist. Kriminelles Handeln wird damit quasi legitimiert und entstigmatisiert. „... Der Raub wird zur Enteignung, der Mord zur Hinrichtung und die Entführung zur einfachen Gefangennahme.“²⁰ In einer falsch verstandenen Trennung der Gewalten wird den Juristen, die ohnehin besondere Zielscheibe sowohl von Gewaltakten als auch von fragwürdigen Dialogangeboten der *narcos* sind, oft genug der „schwarze Peter“ zugeschoben.
- d) Die chronisch **defizitäre Legitimität** des Staates lässt einerseits die Toleranz für illegale Akteure wachsen und ermöglicht andererseits deren Eindringen in die legalen Institutionen.
- e) Die **defizitäre institutionelle Ausgestaltung** des Staates, die traditionell durch Kазикентum bzw. Gamonalismus²¹ substituiert wird, impliziert, dass auch die Drogenakteure ohne Probleme auf diese politischen Ressourcen zurückgreifen können und damit sogar staatskonform sind.
- f) Die **defizitäre politische Abstützung** des Staates durch ein weitgehend depolitisiertes Parteiensystem und eine anomisch-violente Zivilgesellschaft ermöglicht den Drogenakteuren eine Ausbreitung bzw. ein Ausweichen in den nichtstaatlichen Raum, wo ihnen ebenso wenig Korrekturinstrumente entgegengehalten werden können wie vom Staat selbst.
- g) Das chronisch **defizitäre Gewaltmonopol** des Staates impliziert die Tradition chronischer Gewalt, von der sich Drogengewalt nähren kann und innerhalb derer sie nicht auffällt. Dabei schaffen chronische Guerrilla-Präsenz und Bürgerkrieg Gewalt-Räume, die von den *narcos* einfach übernommen werden können.

Kolumbien ist spätestens seit den 1970er Jahren in den internationalen Drogenhandel integriert: Dabei vollzog sich ein Wechsel der Drogenarten von Marihuana in den 1970er Jahren zu Koka bzw. Kokain in den 1980er Jahren und – weil dann die Preise für Kokain sanken – zu Schlafmohn in den 1990er Jahren.²² Das Kokain-Geschäft ist mit 85 bis 90

18 96 Prozent aller Morde bleiben straflos. Vgl. M. Rubio, Homicidios, justicia, mafias y capital social. Documento CEDE 96-06, Bogotá 1996, S. 33.

19 Dies ist eine aus Italien übernommene Sicherheitsmaßnahme, welche die Richter vor Rache schützen soll.

20 Rubio 1996, a.a.O. (Anm. 18), S. 10.

21 Beides (Kазикентum ist indigener, Gamonalismus spanischer Herkunft) sind Ausdrücke für eine informelle, in der Regel auf Klientelismus beruhende Lokalmacht.

22 Vgl. C. Echandía Castillo, La amapola en el marco de las economías de ciclo corto. In: Análisis Político, Nr. Enero/Abril, 1996, S. 7.

Prozent aller Drogengewinne dominant. Kokain löste Marihuana vor allem aus vier Gründen ab. Erstens, mit dem Herbizid Glifosat hatten die USA einen Großteil der Marihuana-Plantagen in Kolumbien vernichtet. Zweitens, die inzwischen kreierte Marihuana-Sorte *sinsemilla* konnte in den USA selbst angebaut werden. Drittens, der Transport des leichteren²³ Kokains war billiger, zumal hier nicht die USA, sondern die kolumbianische „Mafia“ selbst die Kontrolle der Transportrouten übernehmen konnte. Viertens, die Herstellung von Kokain ist, anders als die arbeitsintensive Marihuana-Herstellung, technologisch komplizierter, deshalb kapitalintensiver, da sie einen narko-industriellen Komplex voraussetzt. Die geringe Kapitalintensität und die kurze Konjunktur des Marihuana-Geschäftes erlaubten es nicht, dass sich um sie der eigenständige Wirtschaftssektor einer Drogenökonomie hätte strukturieren können. Dies geschah erst mit dem Kokain.²⁴

Das Kokain-Geschäft ist heute mit 85 bis 90 Prozent aller Drogengewinne dominant. Kolumbiens Involvierung in den Kokain-Handel fand zu einem Zeitpunkt statt, da wirtschaftliche und soziale Modernisierung am stärksten auseinander klafften. Gerade in den 1970er Jahren setzten Migrations- und Verstädterungsprozesse ohnegleichen ein, in denen beschleunigt die Unterschichten von ihrer ruralen archaischen Welt entkoppelt wurden und die unternehmerische Mittelklasse im Zuge der Weltwirtschaftskrise verarmte. Es gab keine staatliche Potenz, diese Modernisierungsprozesse zu steuern und zu verhindern, dass sich die neuen *desperados* „Gelegenheitsstrukturen, die Kriminalität begünstigen“²⁵ zunutze machten. Es sind diese 1970er Jahre, in denen das Ende der Importsubstitution und eine beginnende Liberalisierung einsetzten. Damit war ein Rückgang von Konsum-Importen verbunden, der eine ungestillte Nachfrage schuf. Genau zu dieser Zeit zog sich der Staat auch aus seiner Distributions-Verantwortung auf dem Lande zurück: Mit dem Acuerdo de Chicoral wurde 1972 der Agrarreform ein Ende gesetzt und das Land vielfach an die alten Besitzer zurückgegeben. Die staatliche Institution zur Beförderung der Agrarreform INCORA avancierte selbst zum größten Landbesitzer. Auf den „Zug“ dieser Agrargegenreform konnten die *narcos*, um ihre Gelder durch Landkauf zu waschen, leicht „aufspringen“.²⁶ Die bis dahin noch geöffnete Agrargrenze begann sich zu schließen, als nicht mehr für die traditionellen legalen Kulturen brachliegende, aber potenziell fruchtbare Böden zur Verfügung standen. Agrarkolonisierung war von nun ab nur noch in für den Anbau bisheriger Anbaukulturen ungeeigneten Regionen oder als Gegenkolonisierung möglich. All dies führte zu Migrationen bzw. zur Suche nach ökonomischen Alternativen, die Unter- wie Mittelschichten im Drogengeschäft zu finden hofften.

Die kolumbianische Drogenökonomie begann sich in der für Entwicklungsländer generellen Krise infolge des Niedergangs traditioneller Renten und des traditionellen Mo-

23 Der Preis für ein Kilo Kokain war hundertmal höher als für ein Kilo Marihuana.

24 D. Betancourt/M.L. García, *Contrabandistas, marimberos y mafiosos. Historia social de la mafia colombiana (1965-1992)*, Bogotá 1994, S. 138.

25 Krauthausen 1997, a.a.O. (Anm. 10), S. 321.

26 Vgl. A. Reyes Posada, *Compra de tierras por narcotraficantes*, in: PNUD (Hg.), *Drogas ilícitas en Colombia*, Bogotá 1997, S. 289.

dernisierungsstaates nach der ersten Ölkrise Anfang der 1970er Jahre herauszubilden. Sie formierte sich nach der zweiten Ölkrise in den 1980er Jahren endgültig zu einer die Nationalökonomie strukturierenden Variable und füllte das Vakuum zwischen Niedergang des traditionellen Modernisierungsstaates und Nicht-Übergang zu einer exportorientierten Industrialisierung auf. Dabei versuchten die *narcos* in die zentrale Rentenaneignungsinstanz der Oligarchie einzudringen, was ihnen aber nicht gelang. Die Drogenökonomie ist die neo-merkantilistische Version einer oligarchischen Rentenökonomie, die zwar Werte schafft und auch eine „wilde“ Surplusakkumulation²⁷ betreibt, jedoch gerade ohne ein spezifisches Modell *kapitalistischer* Akkumulation zu sein bzw. darauf direkt hinarbeiten. Der von den *narcos* erwirtschaftete Surplus wird im Ausbau des Drogengeschäftes, in Luxuskonsum, Land- und Immobilienbesitz, im Finanz- und Handelssektor angelegt, aber kaum (höchstens im Bausektor) produktiv und schon gar nicht in den Industriesektor investiert. Er dient also schwerlich der für eine kapitalistische Akkumulation notwendigen Branchendiversifizierung.

2.2 Stellenwert der Drogenökonomie in der Nationalökonomie

Doch bekam das Drogengeschäft in der kolumbianischen Wirtschaft tatsächlich ein so hohes Gewicht, dass sie als Drogenökonomie zu bezeichnen ist? Wenn dies der Fall ist, erwies sich die Drogenökonomie auch imstande, die gesamte Gesellschaft zu strukturieren?

Drogenökonomie kann zweifach verstanden werden: Im engen Sinne, weil sie sich als ein Wirtschaftssektor etabliert hat, womit noch nichts über dessen Einfluss auf die gesamte Nationalökonomie gesagt wäre, und im weiten Sinne, weil die gesamte Wirtschaft zur Drogenökonomie geworden ist, sie durch diese determiniert oder strukturiert wird. Ganz abgesehen davon, dass die erste Frage für Kolumbien ohnehin relativ leicht positiv zu beantworten ist, erweist sich für unsere Zwecke der Herleitung von Gewaltanomie die zweite Frage natürlich als die relevantere. Die Literatur beantwortet diese nicht eindeutig.

Halten wir uns an das wenige, unbestrittene empirische Material: Seitdem Kolumbien Kokain exportiert, ist dort eine Drogenökonomie als eigenständiger Wirtschaftssektor anzunehmen. Denn das im Gegensatz zu Marihuana einer industriellen Verarbeitung der Koka-Blätter entspringende Kokain verzeichnet einen solchen Veredelungsprozess und eine solche Wertschöpfung, die einen integralen Wirtschaftssektor hervorbringt. Dieser geht über die bloße Gewinnung eines agrarischen Primärgutes hinaus und strukturiert die Nationalökonomie mit. Auch beim traditionellen Exportgut Kaffee war es erst die industrielle Verarbeitung der Kaffee-Kirschen im Land, mit der eine die nationale Wirtschaft strukturierende Branche entstehen konnte. Kolumbien ist heute der weltgrößte Exporteur

27 Vgl. R. Uprimny Yepes/A. Vargas Castaño, La palabra y la sangre, violencia, legalidad y guerra sucia en Colombia, in: G. Palacio (Hg.), La irrupción del paraestado. Ensayos sobre la crisis colombiana, Bogotá 1990, S. 159f.

von Kokain,²⁸ aber die Drogenökonomie produziert nur sechs bis acht Prozent des BIP²⁹ und dingt lediglich drei Prozent aller Beschäftigten. Das ist auf den ersten Blick nicht viel und würde allein noch nicht rechtfertigen, Kolumbiens gesamte Nationalökonomie als Drogenökonomie zu bezeichnen. Die *narcos* besitzen aber auch 4,3 Prozent der Anbaufläche und zwischen 10 und 20 Prozent des städtischen Grundbesitzes³⁰ und kontrollieren einen Großteil der kolumbianischen Infrastruktur. Dies zeugt bereits von einer Ausbreitung der Drogengelder vom Drogengeschäft in verschiedene andere Wirtschaftssektoren. Allerdings ist der Kapitalisierungssatz der Drogengewinne niedrig, da diese oft verschwenderisch und nur selten produktiv angelegt werden. Der Einfluss des Drogengeschäftes auf die nationale Ökonomie ist vor allem ein indirekter und dabei größer als der tatsächliche Anteil am BIP: Die *narcos* besitzen mindestens 30 Prozent des Reichtums,³¹ über den alle im In- wie im Ausland residierenden Kolumbianer verfügen.³² Die Einlagen der *narcos* in internationalen Banken entsprechen einem Drittel des Kapitalbestands in Kolumbien. Die Drogenhändler sollen in 20 Jahren ein Viertel des Nationalreichtums der gesamten Bevölkerung in über 160 Jahren auf sich vereinigt haben. Mehr als 30 Prozent der Importe nach Kolumbien werden durch Drogengelder bezahlt.³³

Die Ambivalenz der Drogenökonomie für die Interessen des Staates zeigt sich einerseits im Fehlen tiefgreifender Wirtschaftskrisen, in einer generellen Zahlungsbilanzverbesserung, Dollarliquidität, Währungsstabilität und in Investitionen, die – auch legale – Arbeitsplätze schaffen. Sie zeigt sich andererseits in einer Verringerung der Exportchancen für kolumbianische Güter durch die relative Überbewertung des Peso bzw. der „holländischen Krankheit“,³⁴ in Kapitalflucht, einer Inflation durch Geldüberhang, der Verschlechterung der Bedingungen für ausländische Investition sowie der Nicht-Lukrativität legaler Geschäfte. Die illegale Gewinnabschöpfung durch den Drogenhandel kann aber vom Staat weder verhindert noch besteuert werden. Das von den *narcos* „gewaschene“ Privateigentum gilt als quasi-legales Eigentum, das *dann* auch vom Staat besteuert und sogar geschützt wird.

Das Gewicht der kolumbianischen Drogenökonomie ist ein hohes, wenn auch vornehmlich indirektes und ergibt sich aus einer wegen höchster Surplusverfügbarkeit enor-

28 Vgl. Semana, Mayo 11, 1993.

29 S. Kalmanovitz, Die Ökonomie des Drogenhandels in Kolumbien, in: Krauthausen, C. (Hg.), Koka – Kokain. Reportagen, Analysen und Dokumente aus den Andenländern, München 1990, S. 114.

30 Vgl. Asociación Peruana de Estudios e Investigaciones para la Paz, Cocaína. Problemas y soluciones andinos, Lima 1990, S. 138ff. El País gibt 1994 an, dass die *narcos* zehn Prozent der Agrarfläche besitzen. Vgl. El País, Julio 10, 1994.

31 Laut Wirtschaftsmagazin Forbes stand Escobar an 62. Stelle auf der Liste der Reichsten der Welt.

32 Vgl. Kalmanovitz, in: Krauthausen 1990, a.a.O. (Anm. 29), S. 113.

33 Vgl. Leal Buitrago 1991, a.a.O. (Anm. 8), S. 12.

34 Die Holländische Krankheit ist ein Phänomen, das bei der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes auftreten kann, wenn sich plötzlich neue Ressourcen auftun. Die hierdurch auftretende Aufwertung der Währung bringt Absatzprobleme von Gütern der übrigen, exportierenden Industrie mit sich. Der sinkende Export dieser Güter führt dann zum Rückgang oder Verschwinden der betroffenen Industrien.

men Droh- bzw. Rettungskapazität für die Nationalökonomie und bester Wachstumsperspektiven,³⁵ aber nicht, weil das illegale Drogengeschäft der Motor der legalen Wirtschaft wäre. Die nationale Wirtschaft hängt stark von Variablen ab, die durch das Drogengeschäft eingeführt wurden und die sie nicht kontrollieren kann.³⁶ Somit wird die Drogenökonomie zu einem unschwelligen, nichtkalkulierbaren Strukturelement, das sowohl zur Bedrohung als auch zum Joker der nationalen Wirtschaft avancieren kann. Diese Abhängigkeit der kolumbianischen Wirtschaft vom Drogengeschäft als einer sie entscheidend strukturierenden und von anderen Ökonomien klar abhebenden Variable berechtigt dazu, für Kolumbien von einer Drogenökonomie nicht nur im engen, sondern auch im weiten Sinne zu sprechen.

3. Drogenökonomie und Gewaltkonfiguration

3.1 Drogenökonomie und ihre anomisierende Wirkung nach außen

Nun soll gezeigt werden, dass Drogenökonomie aufgrund der ihr eigenen illegal-anomischen Natur und Verflechtungstendenz dazu tendiert, auch die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Räume zu illegalisieren und anomisieren. Wenn dies so ist, dann betrifft das auch das Phänomen der Gewalt. Die grundsätzliche, nach innen wie außen gerichtete Anomisierungstendenz der Drogenökonomie soll anhand der Punkte a) bis f) nachgewiesen werden.

(a) Drogenökonomie ist Teil der Schattenökonomie. Sie operiert illegal und braucht für ihr Funktionieren folglich auch illegalen – jedoch nicht unbedingt violenten – Schutz. Die Informalität und Ansiedlung der Drogenökonomie in der Grauzone zwischen illegaler und legaler Wirtschaft verwischt ihre Struktur und ihre Grenzen, was ihre Anomisierung bewirkt.

Das Besondere der Drogenökonomie besteht darin, dass sie nicht nur zur Schattenwirtschaft,³⁷ sondern darunter auch zur illegalen, kriminellen Untergrundökonomie zu zählen ist, weil sie nicht nur nicht ihre extra-legal abgeschöpften Einnahmen dem Staat meldet, sondern zudem auf einem illegalen Markt³⁸ operiert, da das von ihr produzierte Gut per Gesetz verboten ist. Die Drogenökonomie wird deshalb vielfach der organisierten Kriminalität zugeordnet, wobei aber auch das überzeugende Gegenargument vorfindbar ist, dass sie eher unorganisiert weil anomisch ist.³⁹ Das Drogengeschäft ist erst durch die Ille-

35 Die Schattenwirtschaft wächst auch in Kolumbien schneller als die formale Wirtschaft. Vgl. F.E. Thoumi, *Political Economy & Illegal Drugs in Colombia*, Boulder/London 1995, S. 98.

36 Vgl. K. Ambos, *Drogenkrieg in den Anden. Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen*, München 1994, S. 53.

37 Schattenwirtschaft ist die Summe der verdienten, der Steuerbehörde aber nicht gemeldeten Einkommen bzw. die Summe der Einkommen, die nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung enthalten sind. Vgl. V. Tanzi, *Die Schattenwirtschaft*, in: *Finanzierung & Entwicklung*, Jg. 20, Nr. 4, 1983, S. 10.

38 Vgl. S. Arlacchi, *Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Frankfurt 1989, S. 225.

39 Vgl. S. Reuter, *Disorganized Crime. The Economics of the Visible Hand*, Cambridge (Mass.) 1983.

galität seines Handelsgutes lukrativ⁴⁰ und wirft außerordentliche illegale Renten ab,⁴¹ weil das Produkt erst die wegen der Illegalität der Ware entstehenden hohen Transaktionskosten und die „Steuer“⁴² des zu bezahlenden Risikozuschlages verteuern.⁴³ Die Drogenökonomie ist eine Ökonomie des Risikos: „Das Risiko ist genauso wie die Angst zu einer Ware geworden, zu einer Veredelung, die bezahlt werden muss.“⁴⁴ Diese Kosten jedoch werden an den Konsumenten abgeschoben.

Die größte Wertschöpfung geschieht im besonders risikoreichen Export/Import und nicht in der Produktion.⁴⁵ In Anlehnung an Choiseul-Praslin⁴⁶ lässt sich dieser Mechanismus folgendermaßen erklären: Wegen des Risikos ist es für den Käufer zu gefährlich, den Verkäufer zu wechseln. Auf diese Weise kann der Verkäufer eine Monopolstellung entwickeln. Dieses Monopol wird dadurch gefestigt, dass der Käufer kein Mittel hat, die Qualität des Produktes zu überprüfen. Er kann dies weder bei der Konkurrenz noch beim Staat tun – rechtskräftige Verträge können in einem illegalen Geschäft nicht existieren. Bei elastischem Angebot ist die Nachfrage von Drogen unelastisch.⁴⁷ Sie sinkt nicht, wenn die Preise steigen, da Drogen für den Konsumenten unentbehrlich sind. Je teurer das Produkt ist, desto zahlreicher sind die Konsumenten, die, um es bezahlen zu können, sich in Verkäufer verwandeln und neue Kunden werben müssen, so dass die Nachfrage folglich sogar wächst. Diesen Argumenten ist hinzuzufügen: Das Risiko impliziert die Notwendigkeit von ungewöhnlich vielen Zwischenhändlern, was zusätzliche Preisaufschläge bedeutet. Das Risiko, das die Drogenhändler wegen des ständig drohenden staatlichen Zugriffes eingehen, bzw. deswegen einzukalkulierende Ausfälle oder die Ausgaben zur Vermeidung dieser staatlichen Zugriffe (Korruption, Gewalt) wollen sie belohnt bzw. kompensiert wissen, ganz abgesehen davon, dass sie es auch immer hochreizen können. Dies bedeutet, dass eine Legalisierung der Drogen die Drogenökonomie zu einem Wirtschaftssektor machen würde, der sich durch nichts von anderen, legalen Branchen unterscheidet, und folglich auch keinen anomisierenden bzw. illegalisierenden Einfluss auf das gesamtgesellschaftliche Umfeld besäße. Aber eine solche globale Legalisierung von Drogen befindet sich außerhalb jeglicher realistischer Reichweite.

40 Nach dem Waffenhandel ist der Drogenhandel weltweit das lukrativste Geschäft.

41 Vgl. Yepes/Castaño in: Palacio (Hg.) 1990, a.a.O. (Anm. 27), S. 155.

42 Vgl. S. Wisotsky, *Breaking the Impasse in the War on Drugs*. New York/Westport/London 1986, S. 32.

43 Bei einem Fehlen des Risikozuschlages bzw. der Preisbestimmung des Kokains allein durch die Faktorkosten würde der Straßenpreis in den USA nur ein Fünfundzwanzigstel des erhobenen Preises betragen. Vgl. Thoumi 1995, a.a.O. (Anm. 35), S. 135.

44 Vgl. D. Lindlau, *Der Mob. Recherchen zum organisierten Verbrechen*, Hamburg 1987, S. 105.

45 Vgl. E. Nadelmann, *Latinoamérica, economía política del comercio de la cocaína*, in: J. G. Tokatlian/B. Bagley (Hg.), *Economía y política del narcotráfico*, Bogotá 1990, S. 44.

46 Vgl. C.-H. de Choiseul-Praslin: *Die Mikroökonomie der Drogen*, in: A. Labrousse/A. Wallon, *Der Planet der Drogen. Analyse einer kriminellen Weltmacht*, Frankfurt 1996, S. 45ff.

47 Vgl. Palacio 1990, a.a.O. (Anm. 17), S. 14.

Drogenökonomie ist zwar harter Kern der kriminellen Wirtschaft, kommuniziert aber gleichzeitig mit dem nicht-illegalen – extra-legalen – Teil der informellen Schattenwirtschaft genauso wie mit der legalen, formalen Ökonomie.⁴⁸ Das Drogengeschäft sucht die jeweiligen Vorteile beider Wirtschaften. Es braucht legale Waren, wie chemische Produkte, und es rentiert sich langfristig nur, wenn die Drogengelder in die legale Wirtschaft, vor allem in Immobilien und Landbesitz, investiert werden. Zudem erhalten die Drogenhändler erst dadurch die Chance, in die „ehrenwerten“ Kreise des oligarchischen Establishments aufsteigen zu können. Gleichzeitig dienen Land- und Immobilienkauf als Formen der Geldwäsche, die ihrerseits als das wichtigste Relais zwischen legaler und illegaler Wirtschaft angesehen werden kann. In ihrem illegalen Geschäft ist zwischen den *narcos* dieselbe auf Vertrautheit beruhende *coolness* möglich, wie man sie auch von legalen Märkten kennt.⁴⁹ Die Grenzen zwischen illegaler und legaler Ökonomie sind deshalb fließend. Diese diffuse, anomische Beziehung zwischen bzw. die Verflechtung von illegaler und legaler Wirtschaft durch die Wechselseitigkeit von Dienstleistungen nennt Krauthausen „intrecio“.⁵⁰ Staat und wirtschaftliche Gesamtbilanz profitieren von der Drogenökonomie genauso viel wie sie durch sie Schaden nehmen. Die Chamäleon-Attitüde der *narcos* zwischen einverständlicher Transaktion mit und parasitärer Aktion gegenüber der legalen Wirtschaft und Politik anomisiert die Grenzen der Drogenökonomie und ihrer Protagonisten. Gleichzeitig verschwimmen die Freund-Feind-Konturen.

(b) Drogenökonomie kann nur über segmentierte Waren- und Austauschketten funktionieren, die ihrerseits in komplizierte – netzwerkähnliche – Beziehungsgefüge eingebunden sind. Diese Beziehungsgefüge, die sich bei Informalität und Klandestinität noch zusätzlich verkomplizieren, anomisieren das Drogengeschäft, aber auch dessen Umfeld.

Die Warenketten der Drogenökonomie sind natürlicherweise lang und segmentiert: Sie erfassen die fünf Glieder Koka-Anbau, Produktion der Koka-Paste, Verarbeitung der Koka-Paste zu Kokain (Hydrochlorid), Kokain-Export zum Konsumenten, Distribution des Kokains in den importierenden Ländern. Die kolumbianischen Drogenhändler finden ihre Idealposition in der Mitte der Kette: Sie kaufen Koka-Paste, verarbeiten sie zu Kokain und exportieren das Kokain in die USA oder nach Europa.⁵¹ Koka wird aber in Kolumbien auch angebaut,⁵² und kolumbianische Händler dominieren zumindest auf der Großhandelsebene die Distribution des Kokains in den USA. Wertschöpfung progressiert vom ersten bis zum letzten Kettenglied, wobei das von Kettenglied zu Kettenglied wachsende Sicherheitsrisiko eine zusätzliche progressierende Verteuerung impliziert. Aus Sicher-

48 Vgl. M. Kaplán, *El narcotráfico latinoamericano y los derechos humanos*, México D.F. 1993, S. 9, 83.

49 Reuter 1983, a.a.O. (Anm. 39), S. 170f.

50 Vgl. Krauthausen 1997, a.a.O. (Anm. 10), S. 198.

51 Vgl. R. Lessmann, *Drogenökonomie und internationale Politik. Die Auswirkungen der Anti-Drogen-Politik der USA auf Bolivien und Kolumbien*, Frankfurt 1996, S. 201.

52 Lange lag Kolumbien hinsichtlich der Koka-Produktion nach Perú und Bolivien an dritter Stelle in der Welt. Inzwischen soll es nach UNDCP die Spitzenposition einnehmen und 80 Prozent der Welt-Koka-Produktion verantworten. Allerdings ist der Alkaloid-Gehalt (die Qualität) der kolumbianischen Koka-Blätter geringer als der in Bolivien und Perú.

heitsgründen findet vor allem über die Einführung einer Vielzahl von Zwischenhändlern neben der natürlichen eine künstliche Segmentierung, Verlängerung und letztlich Anomisierung der Kette statt: Denn je größer die Zahl der Transaktionen, desto geringer die Informationsmenge der einzelnen Ketten-Partizipanten⁵³ und desto stärker wird durch die Anomisierung der Kette das Risiko gesplittet.

Die einzelnen Segmente sind ihrerseits in informelle Netzwerke eingebunden, die diese Anomisierung öfter verstärken als ordnen. Dabei operieren selbst die kolumbianischen Zentren des Drogenhandels viel stärker als Netzwerke denn als bürokratisch-zentralistische Großorganisationen. Denn die Außengrenzen und Binnenstrukturen der Drogenunternehmen sind nicht fest definiert: Es handelt sich schon wegen des sie umgebenden juristischen Vakuums um offene, sporadische Geschäftsrelationen, um punktuelle, lockere Arbeitsbeziehungen sowie um eine wenig formalisierte Arbeitsteilung. Die Drogenökonomie funktioniert auf der Basis von unzähligen, auf *face to face*-Beziehungen beruhenden „polymorphen Netzwerken“⁵⁴ mit wenigen festen Kernbeziehungen (Familienklaus etc.), die höchst flexibel und von außen kaum identifizierbar sind. Schließlich nutzen die Drogenunternehmen auch über sie selbst hinausgehende Netzwerke, mit denen sie sich eine Verbindung nach außen – u.a. in die Legalität – schaffen. Die Netzwerke verknüpfen Illegalität mit Legalität und werden über das in *beiden* Bereichen exzellent funktionierende Instrument des Klientelismus „geschaltet“. Ihre Ambivalenz besteht darin, dass sie das Risiko zusätzlich vermindern sollen, aber – wenn sie an irgendeiner Stelle „aufgeknüpft“ werden sollten – selbiges auch besonders schnell herbeiführen, und dass sie nach dem Schneeballprinzip proliferieren müssen. Wegen der sonst über Gebühr zunehmenden Transaktionskosten können sie aber auch nicht ins Unermessliche ausgeweitet werden. Die Netzwerke gehen über ökonomische Austauschbeziehungen hinaus. Sie funktionieren auch als informale Kommunikations- und Informationsmuster zwischen Klan und Bürokratie, die gleichzeitig Information vermitteln und beschränken. Das *intreccio* verflucht also auf eine oft anomische Weise nicht nur illegale und legale Wirtschaft, sondern auch Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat. Auch die wichtigsten Protagonisten der Drogenökonomie, die *narcos*, stehen mit ihrer Zwitter-Position als ökonomischer *und* politischer Akteur in persona für die Verknüpfung aller drei Räume.

Mit der Zeit wurden diese Netzwerke vom Instrument zum Selbstzweck, weil sie selbst bzw. die Kontrolle über sie Renten abwerfen. Nicht wer mehr Kokain verkauft, sondern wer diese Netze und damit das Risiko kontrolliert, fährt die höchsten Renten ein. Dies sind keine normalen Renten, die nur wegen eines Monopols entstehen würden, sondern Extra-Renten, weil es sich dabei um kein normales Monopol handelt, sondern um eines zur Kontrolle eines „überteuerten“ Risikos, für die auch Gewalt Anwendung finden kann.

53 So wissen die Drogenschmuggler nie, wer – welches „Kartell“ – sie rekrutiert hat. Vgl. persönliches Interview mit Ricardo Vargas; zum Zeitpunkt des Gesprächs, Mitarbeiter des CINEP (06.08.97).

54 Vgl. R. Dombos, Organisationsdilemmata der illegalen Ökonomie, Soziologische Annäherungen ans Kokain-Geschäft, in: Leviathan, Nr. 1, 1997, S. 139.

Die Netzwerke sind dabei beständiger als das Produkt, dessen Vermarktung sie dienen: Sie könnten selbst dann noch genutzt werden, wenn der Drogenhandel ausgedörrt wäre.

(c) In der Drogenökonomie dominiert statt Immobilität eine – nicht gerichtete – sozioökonomische Mobilität, was sie zu einem anomischen sozialen Phänomen macht, aber auch anomisch nach außen ausstrahlt, woher sie ihre Protagonisten rekrutiert oder wohin sie diese bei Versagen wieder zurückschickt.

Die Drogenökonomie ist sowohl wegen ihres natürlicherweise transnationalen Charakters, aber auch wegen der aufgrund des besonderen Risikos notwendigen extrem schnellen Geschäftsabwicklung weitaus „mobiler“ als andere Ökonomien. Gleichzeitig bricht sie die starren sozioökonomischen Strukturen des Binoms „Oligarchie – Marginale“ auf, indem sie ungekannte soziale Aufstiegsmöglichkeiten schafft. Den in der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre gescheiterten mittleren Unternehmern bot sie Investitionsalternativen und den Marginalisierten eine vergleichsweise gut bezahlte Beschäftigung. Die *capos* des kolumbianischen Drogenhandels rekrutierten sich im Wesentlichen aus der Unter- und Mittelklasse: Gonzalo Rodríguez Gacha war Sohn von Kleinbauern aus Cundinamarca, und er sagte von sich, er habe Läuse, Sandflöhe und Dreck kennengelernt. Auch Pablo Escobars Vater war Kleinbauer, seine Mutter Dorfschullehrerin. Escobar selbst begann seine Karriere als Kleinkrimineller. Die Eltern der Gebrüder Ochoa Vásquez besaßen in Medellín ein kleines Restaurant. Carlos Lehder Rivas, der *capo* des „Kartells“ von Pereira/Armenia, wurde als Sohn einer Schönheitskönigin und eines deutschen Emigranten in Armenia geboren. Viele *narcos* entstammen jener Mittelklasse, die in der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1970er Jahre Bankrott zu gehen drohte, vom Finanzsektor Offerten erhielt und von einem lukrativen Geschäft angezogen wurde.

Die *narcos* gelten als neureiche Klasse, die ihren Reichtum gern zur Schau stellt und vom Establishment sowohl geächtet als auch hofiert wird. Sie wird in der Literatur auch „Gangster-Bourgeoisie“⁵⁵ oder „Lumpen-Bourgeoisie“⁵⁶ genannt und vereint Eigenheiten sowohl der Oligarchie (Luxus, Verschwendung) als auch der Bourgeoisie (Investition, wenn auch nicht in produktive Branchen). Sie ist eine soziale Gruppe sui generis, die den äußeren Rand der Oligarchie anomisiert bzw., wenn *narcos* selbst zu Landbesitzern werden,⁵⁷ mit ihm verschmilzt. Indem sie einen Rand-Sektor stellen bzw. deren gesamtes ökonomisches und politisches Gesicht modifizieren, „pervertieren“ und anomisieren die *narcos* die alte, oligarchische Elite von außen, jedoch ohne sie zu ersetzen. Die *narcos* sind kein Ausdruck eines *comebacks* archaischer patrimonial-feudaler Strukturen.⁵⁸ Sie stehen vielmehr für eine spezifische Variante von Modernisierung, die jedoch an Grenzen stoßen

55 Betancourt/García 1994, a.a.O. (Anm. 24), S. 4.

56 M. Kaplán, Aspectos sociopolíticos del narcotráfico, México D. F. 1990, S. 96.

57 Vgl. A. Reyes Posada, La violencia y la expansión territorial del narcotráfico, in: Tokatlian/Bagley 1990, a.a.O. (Anm. 45), S. 130.

58 Vgl. S. Karstedt, Globalisierung und transnationale Kriminalität. Zum Erfolg „archaischer“ Strukturen in der illegalen globalen Ökonomie, in: G. Schmidt/R. Trinczek (Hg.), Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Sonderband 13, Baden-Baden 1999, S. 259ff.

muss, da sie gesamtwirtschaftliche Investitionen, Branchendiversifizierung, exportorientierte Industrialisierung und Beseitigung von Marginalität für sich nicht nur nicht auf die Tagesordnung setzt, sondern auch behindert.

Inzwischen soll es in Kolumbien 30.000 Narko-Dollarmillionäre geben. Geht man davon aus, dass jeder von ihnen in irgendeiner Weise 100 Personen an seinem Geschäft beteiligt, so ergibt sich, dass drei Millionen Kolumbianer einen sozialen Aufstieg erlebten.⁵⁹ Neben dieser vertikalen Mobilität induziert die Drogenökonomie auch eine horizontale Mobilität, die nicht die Drogenhändlerringe selbst, sondern von ihnen tangierte soziale Gruppen – wie durch Drogengewalt vertriebene oder durch Drogenkolonisation migrierende Bauern – betrifft. Die dem Drogengeschäft immanente Möglichkeit einer beschleunigten Akkumulation ökonomischer Macht impliziert auch die Wahrscheinlichkeit einer hohen sozialen Mobilität im Sinne einer besonders schnellen sozialen Umschichtung, die aber mehrdimensional ist: Die *narcos* entledigen sich schnell ihrer ineffizienten, nicht hörigen oder Risiko heraufbeschwörenden Kollegen, die zu gefährlichen Informanten werden können und mit denen sie keine formellen Arbeitsverträge verbinden. Sozialer Abstieg ist also noch schneller möglich als Aufstieg. Jedoch beides ist im Drogen-Kontext anomisch und mit anomischem, abweichendem Verhalten verknüpft. Schließlich können, zumeist durch äußere Repression, auch ganze Drogenhändlerringe in anomische „Restbestände“ zerfallen.

(d) Die Konturen der Drogenhandelunternehmen sind unklar, denn es dominiert ungeordnete Dezentralisierung über geordnete Zentralisierung. Die Unternehmen vermögen es trotz oligopolistischer Tendenzen nicht einmal in der eigenen Branche, geschweige denn nach außen, Anomie zu ordnen.

Die kolumbianischen Drogenhändlerringe besitzen zwar oligopolistische Ambitionen, die sie im Notfall auch bereit sind, durch kriminell gestützte Vermachtung des Marktes durchzusetzen, doch handelt es sich bei ihnen um offene, kaum hierarchisierte und in der Praxis oftmals schwer voneinander trennbare Assoziationen. Ihre Allianzen sind immer provisorisch und wechseln schnell. Abkommen können von ihnen genauso schnell geschlossen wie gebrochen werden. Deshalb ist es zumindest in der wissenschaftlichen Literatur *common sense* geworden, für die Organisationsformen der kolumbianischen Drogenhändlerringe die Begriffe „Kartell“ oder „Mafia“ nicht oder nur metaphorisch zu verwenden. Der Begriff „Kartell“ wurde für die Drogenhändlerringe in Medellín und Cali von US-amerikanischen Drogenfahndern geprägt. Er stützt sich nicht auf die gängige Kartell-Definition,⁶⁰ sondern ist ein Ausdruck, der die Bündnisse der Drogenhändler bezeichnen und die Zusammenlegung verschiedener Strafverfahren rechtfertigen konnte. Im

59 Vgl. El País, Junio 18, 1995.

60 „Kartelle sind vertragliche Vereinbarungen zwischen rechtlich selbständig bleibenden Unternehmen, die dem Ziel dienen und/oder die Wirkung haben, den Wettbewerb auf den jeweils relevanten Märkten durch Beschränkung der Handlungsfreiheit der Beteiligten zu verringern und dadurch ihre Vertragslage zu verbessern.“ Handbuch der Wirtschaftswissenschaft. Bd. 4, Stuttgart/New York/Tübingen/Zürich 1978, S. 447.

juristischen und ökonomischen Sinne sind die Drogenhändlerringe jedoch keine Kartelle. Denn weder gibt es zwischen ihnen Preisabsprachen zur Ausschaltung oder Verringerung des Wettbewerbs noch überhaupt formalisierte Rechtsbeziehungen,⁶¹ ganz abgesehen davon, dass die sie konstituierenden Unternehmen, zwischen denen vertragliche Vereinbarungen zu schließen wären, keine juristischen Personen sind. Die Drogenhändlerringe weisen auch nicht die für Kartelle typische Hyperzentralisierung und Hyperorganisation auf. Sie sind vielmehr offene Assoziationen und besitzen eine „zwiebelartige“ Struktur mit den verschiedensten Auswüchsen nach außen.⁶² So waren in Kolumbien, anders als bei Kartellen, weder Marktordnung noch -beherrschung durchsetzbar.

Aber auch der an der italienischen Spielart geschulte Begriff „Mafia“⁶³ ist nicht bzw. höchstens metaphorisch auf die kolumbianischen *narcos* anwendbar: Anders als die italienischen Mafiosi sind die kolumbianischen Drogenhändler nicht primär an der (gesetzwidrigen) Machtausübung über ein Territorium bzw. an illegaler Besteuerung, Schutz und Erpressung interessiert, sondern am ungestörten Vertrieb ihrer Ware.⁶⁴ Auch die politische, darunter territoriale Macht bzw. Gewalt steht bei den kolumbianischen Drogenhändlern im Dienste des Geschäfts und nicht umgekehrt, wenngleich auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen „Kartellen“ feststellbar sind.⁶⁵ Nicht Macht-, sondern Marktlogik bestimmt das Handeln der kolumbianischen Drogenbosse. Sie wollen nicht primär, wie die italienischen Mafiosi, in den Territorien, in denen sie Macht ausüben, Ressourcen abschöpfen, sondern „nur“ den Ressourcenfluss kontrollieren. Anders als bei den italienischen Mafiosi handelt es sich bei den kolumbianischen Drogenhändlern auch um keine geschlossenen Gesellschaften, bei denen der Eintritt der nicht zum engsten Familienklan Gehörenden an Aufnahmezeiten gebunden ist. Krauthausen fasst den Unterschied zwischen italienischer Mafia und kolumbianischen *narcos* so zusammen:

„Hier Geheimbünde mit einer strikten Abschottung nach außen und einer restriktiven Rekrutierungspolitik, dort wechselnde Netzwerke, Geschäftsbeziehungen und Unternehmen, an denen im Prinzip alle teilhaben können, sofern sie über Kontakte und Kapital verfügen. Hier Hierarchien und Befehlsgehorsam, dort Partnerschaften und Gewinnbeteiligung. Hier Formalisierung in Ritualen und Normen, dort Informalität im Umgang und Verhalten. Organisatorisch rigide die Cosa Nostra, fließend und oft verschwimmend der Narcotráfico.“⁶⁶

Die kolumbianischen *narcos* sind zwar bestrebt, oligopolistische Strukturen zu etablieren, was ihnen aber bestenfalls in einigen Phasen, Segmenten (beispielsweise im Transport) oder Netzen, jedoch nie in Gänze gelingt.⁶⁷ Doch hat die Nicht-Durchsetzbarkeit von Kar-

61 Vgl. Ambos 1994, a.a.O. (Anm. 36), S. 29. Lessmann 1996, a.a.O. (Anm. 51), S. 211ff.

62 Vgl. Drug Trafficking, Region by Region, in: DC-Info, Jg. 9, Nr. 47, 1993, S. 7.

63 Vgl. Betancourt/García 1994, a.a.O. (Anm. 24), S. 139.

64 Vgl. Krauthausen 1997, a.a.O. (Anm. 10), S. 92f.

65 So galt das Medellín-„Kartell“ als stärker an Gewalt- und Machtausübung interessiert als das Cali-„Kartell“.

66 Krauthausen 1997, a.a.O. (Anm. 10), S. 190.

67 Vgl. persönliches Interview mit Rodrigo Uprimny Yepes; zum Zeitpunkt des Gesprächs, Richter am Corte Institucional (04.08.97).

tell-Strukturen auch keinen sich automatisch durchsetzenden freien, d.h. marktregulierten Wettbewerb zwischen den Drogenhändlerringen zur Folge, sondern Anomie. Das sich daraus ergebende politische Dilemma besteht darin, dass die Tendenz des „anomischen Wettbewerbs“ zwischen den Drogenhändler-Konkurrenten einer Tendenz der Institutionalisierung im Sinne einer als legitim anerkannten Macht entgegensteht.⁶⁸

Die kolumbianischen Drogenhändlerringe sind also weder Kartelle noch Mafias im ursprünglichen Sinne der Kategorien, wiewohl sich einige von deren Merkmalen auf sie beziehen lassen. Wenn im Folgenden dennoch vom Medellín- bzw. Cali-„Kartell“ bzw. von der kolumbianischen „Mafia“ die Rede sein wird, dann entterminologisiert als Tribut an eine begriffliche Einbürgerung und in Ermangelung besserer Bezeichnungen. Die Ausschaltung der *capos* des Medellín- (1992/93)⁶⁹ und des Cali-„Kartells“ (1995/96)⁷⁰ bewirkte eine zunehmende Dezentralisierung des Drogengeschäftes und dabei keine Verringerung des Umsatzes: Die neuen *cartelitos* verstärkten die Konkurrenz, zumal sie sich mit niedrigeren Preisen „dazwischenschieben“ konnten, so in Tuluá, Cartago, Armenia/Pereira, Ibagué, Bucaramanga, Bogotá u.a.. Der in den 1990er Jahren verstärkt einsetzende Schlafmohn/Heroin-Vertrieb wurde generell unabhängig von den beiden großen „Kartellen“ organisiert, und zwar in den *cartelitos* von Roldanillo, Obando, Cartago, Armenia und Pereira. Mitte der 1990er Jahre waren in das Drogengeschäft etwa 20.000 Personen verwickelt.⁷¹

(e) „Mafia“ in Kolumbien ist regional verwurzelt, auf regionale Fragmentiertheit angewiesen, die sie zugleich auch selbst verfestigt. Die regionale Fragmentiertheit der „Mafia“ ist ein die Anomie der Drogenökonomie und damit auch der Gesellschaft verstärkendes Moment, was schließlich auch state- und nation-building abträglich ist.

Die regionale Fragmentiertheit Kolumbiens ist unvollendetem *state-building* geschuldet. Der Staat ist weder in allen Regionen präsent noch integriert er Zentrum und Peripherie. Das erlaubt einerseits die Verfestigung der Drogenökonomie und wirkt sich andererseits zusätzlich segmentierend auf deren Struktur aus. Betancourt/García haben fünf regional verschiedene Nuclei der kolumbianischen „Mafia“ ausgemacht – an der Atlantikküste, in Antioquia, im Valle de Cauca, in Boyacá und im Nordosten des Landes (Bucaramanga und Cúcuta), die sich inzwischen ihrerseits aufgesplittert haben.⁷² Alle diese Regionen wandten sich dem Drogenhandel zu, als sie sich in jeweils regional spezifischen Wirtschaftskrisen befanden. Die zu Beginn der 1970er Jahre einsetzende nationale Wirtschaftskrise erhielt regional-spezifische Ausprägungen, indem sie die Dominanz der in den einzelnen Regionen hegemonialen Wirtschaftssektoren in Frage stellte. Es war also

68 Vgl. Arlacchi 1989, a.a.O. (Anm. 38), S. 42.

69 Am 2. Dezember 1993 ist Pablo Escobar, nachdem er 498 Tage auf der Flucht war, in Medellín vom Bloque de Búsqueda durch drei Kopfschüsse auf der Flucht erschossen worden.

70 Am 9. Juni 1995 ist mit Gilberto Rodríguez Orejuela der *capo* des Cali-„Kartells“ gefasst worden. Kurz darauf gelang es, mit José Santacruz Londoño auch noch den letzten der *capos* von Cali zu stellen.

71 Vgl. El País, Julio 10, 1994.

72 Vgl. Betancourt/García 1994, a.a.O. (Anm. 24), S. 43ff.

nicht Marginalisierung schlechthin, die bestimmte Regionen zu Zentren des Drogenhandels werden ließ, sondern der Verlust einer hegemonialen Stellung besonders hoch entwickelter Wirtschaftssektoren und die damit verbundene Frustration. Die Anfang der 1980er Jahre erfolgte Schließung der Agrargrenze spitzte nicht nur die Agrarfrage schlechthin zu, sie verfestigte auch regionale Segmentierung und war nur durch den Koka-Anbau noch einmal ein kleines Stück zu öffnen. Beides wussten die *narcos* zu nutzen.

An der für den Marihuana-Anbau prädestinierten Atlantikküste war es das Baumwollgeschäft, das sich immer weniger rentierte. In Antioquia erlag die einst hegemoniale Textilindustrie der billigeren südostasiatischen Konkurrenz, und die dortige Industrieunternehmenschaft verlor damit ihre nationale Führungsposition. Im Valle de Cauca geriet die Zuckerverarbeitung und in Boyacá der Smaragdhandel in die Krise. Beide offerierten aber gleichzeitig die nötige finanzielle Grundlage für ein neues Geschäft. Der Nordosten, insbesondere die Grenzregion zu Venezuela, litt an der Währungsabwertung im Nachbarland und den daraus für den traditionellen Schmuggel resultierenden negativen Folgen. Von diesen fünf Regionen haben sich im Kokaingeschäft besonders hervorgetan:

- 1) Das besonders von der Wirtschaftskrise betroffene Antioquia, wo die Hegemonie der traditionellen Eliten in Frage gestellt war, und wo unter der Führung von Pablo Emilio Escobar Gaviria und Jorge Ochoa Vásquez das sozial offene, urbanisierte und stärker gewaltbereite Medellín-„Kartell“ entstand, das den Drogenverkauf in Miami monopolisiert hatte;
- 2) das ökonomisch stabilere Valle de Cauca, wo sich die *narcos* in eine noch hegemoniale traditionelle Elite integrieren konnten und wo mit dem Cali-„Kartell“ um die Brüder Miguel Angel, Jorge Eliécer und Gilberto Rodríguez Orejuela sowie um José Santacruz Londoño eine sozial geschlossene, rurale, subtile, „europäisierte“ und versöhnlerische mafiose Organisation entstand. Hier verbanden sich moderne Attitüden mit überkommenen Traditionen. Die Chefs dieses „Kartells“ erschienen im Vergleich zu ihren großmäuligen Konkurrenten in Medellín als Kavaliers und hatten den Konsum in New York im Griff;
- 3) das so genannte Núcleo Central in Boyacá um den aus dem Smaragdgeschäft hervorgegangenen José Gonzalo Rodríguez Gacha,⁷³ das als archaisch und besonders volkstümlich galt, sich aber später mit dem Medellín-„Kartell“ verband.

Die regionale Spezifik der Stellung der *narcos* – ihre Akzeptanz oder Ächtung – hängt ab von den jeweiligen Konfigurationen des Agrarkonfliktes, den vorherrschenden Akkumulationsmechanismen, der An- oder Abwesenheit von Guerrilla bzw. Staat bzw. den Formen seiner Gewaltausübung, den kommunitären bzw. sozialen Organisationsformen sowie der Vielfalt der politischen Artikulationsformen der traditionellen Eliten.⁷⁴ Zu unterscheiden sind dabei die Kokaanbau-Regionen, in denen die Konfrontation zwischen

73 Er wurde von der Polizei getötet.

74 Vgl. A. Camacho Guizado, *Empresarios ilegales y región. La gestación de clases dominantes locales*, in: *Delito y sociedad*, Jg. III, Nr. 4/5, 1993/94, S. 168.

den etwa 304.000 im Anbau tätigen Familien⁷⁵ und den *narcos* eine entscheidende Konfliktachse darstellt und Guerrilla oder *paramilitares* als Ordnungsmacht fungieren können, und jene Regionen, in denen das nicht der Fall ist und die *narcos* über von ihnen initiierte und finanzierte regionale Strukturverbesserungen eine hegemoniale Stellung erringen. Die regionale Fragmentierung erhält immer dann besonders feste Konturen, wenn die *narcos* zu Landbesitzern werden und als solche auch die lokale oder regionale Politik beeinflussen. Dabei verbinden sich Patronage, Robin-Hood-Engagement – durch das gerade Escobar in Medellín bzw. Envigado⁷⁶ berühmt, ja beliebt geworden ist – aber auch (delegierte) Gewaltausübung.

Dies alles vollzieht sich jedoch in der Regel auf einer unterhalb institutioneller Administrationen liegenden Ebene: Anders als die Guerrilla, die zwar Einflussnahme ebenfalls regional definiert, die Regionen aber militärisch erobern, verwalten bzw. zum Ausgangspunkt für alternatives *state-building* von unten machen will und dabei ihre ökonomischen Interessenlage politischen Zielstellungen unterordnet, definieren die *narcos* regionale Einflussnahme nicht-institutionell und nicht *per se* gegenstaatlich. Denn bei ihnen ist das territorial-politische Interesse in der Regel dem Drogengeschäft untergeordnet: Alternatives *state-building* können und wollen sie nicht anstreben. Statt einen Gegenstaat zu errichten, wollen sie den Staat lediglich anomisieren, d.h. unterminieren, vereinnahmen bzw. dessen Sanktionsgewalt verhindern. Die Verwaltung überlassen sie ihm gern.

(f) Da Drogenökonomie ihren Surplus überwiegend nach außen verlagert und ihn nicht in nationales Wirtschaftswachstum investiert, hat sie trotz ihrer Transnationalität nicht den Anspruch, Globalisierung mit nationalstaatlicher Entwicklung zu verbinden. Vielmehr informalisiert und anomisiert sie Globalisierung, womit diese ihrerseits Gefahr läuft, zur Mafiotisierung pervertiert zu werden.

Drogenökonomie ist globalisiert, nicht nur weil Drogen ein globales Problem sind, sondern auch weil sie in transnationale Wirtschaftskreisläufe eingebunden ist. Kokain ist nicht nur eine transnationale Ware, sondern auch das Endprodukt einer fünfgliedrigen Warenkette, die – segmentiert und delokalisiert – nur transnational funktionieren kann. D.h. die Länge und die Segmentierung der Koka-Kokain-Warenkette besitzen eine transnationale Dimension.⁷⁷ Auch die segmentierten ökonomischen Austausch- und informellen Kommunikationsketten des Drogenhandels bzw. die sie umgebenden „polymorphen Netzwerke“ funktionieren transnational. Die Transnationalität der Drogenökonomie verleiht der Weltwirtschaft eine besondere, mafiotische Form von Interdependenz und Komplexität. Es handelt sich um eine „perverse“ Globalisierung, „anarchische Internationalisierung“, ⁷⁸ kurz: um eine transnationale Mafiotisierung. Dabei dringen die Drogen-

75 Vgl. El País, Agosto 6, 1995.

76 Envigado wurde unter Escobars Ägide zur wohlhabendsten Gemeinde Kolumbiens. Hier gab es, einmalig für Kolumbien, sogar eine Arbeitslosenversicherung.

77 Vgl. S. Wilson/M. Zambrano, Cocaine, Commodity Chains, and Drug Politics, A Transnational Approach, in: G. Gereffi/M. Korzeniewicz (Hg.), Commodity Chains and Global Capitalism, Westport/London 1994, S. 297.

78 Tokatlian 1995, a.a.O (Anm. 1), S. 30.

renten auch in die entwickelten Länder ein. So sollen die *narcos* z.B. Aktien sowohl von Volkswagen als auch von Siemens besitzen.⁷⁹

Im Gegensatz zu anderen „transnationalen“ Waren ist Kokain die einzige, deren internationaler Kreislauf von einer lateinamerikanischen Elite kontrolliert wird. Der peruanische Ex-Präsident Alan García hat deshalb den Drogenhandel das einzige erfolgreiche transnationale lateinamerikanische Unternehmen genannt.⁸⁰ Doch die lateinamerikanische Kontrolle des Drogenhandels führt nicht zu einer Nationalisierung bzw. Lateinamerikanisierung des Drogengewinns, denn dieser fließt nicht überwiegend nach Lateinamerika zurück, sondern verbleibt in den USA bzw. den internationalen Finanzparadiesen als Wertpapier- oder Immobilienanlagen.⁸¹ Die Drogenökonomie beschleunigt die Informalisierung der Weltwirtschaft, wobei bzw. indem sie deren legale Strukturen – beispielsweise das internationale Finanzsystem zur Geldwäsche und Anlage – nutzt. Geldwäsche gibt es natürlich auch außerhalb des Drogengeschäftes, doch in kleineren und geschlossenen Kreisläufen. Der Drogenhandel tendiert dazu, diese zu globalisieren und dabei zu öffnen. Gleichzeitig zieht er von der globalisierten Neoliberalisierung (geringere Staatsintervention, wenig formalisierte Arbeitsverträge) einen besonderen Nutzen. So ist es auch kein Zufall, dass Drogenhandel in Kolumbien im großen Stil dann einsetzte, als unter López Michelsen die ersten neoliberalen Verträge mit dem IWF geschlossen wurden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Kolumbien die vergleichsweise geringe Dimension seines Schuldenproblems auch der Verfügbarkeit über Drogengelder verdankt. Wenn Kolumbien vom IWF nun als Musterbeispiel für erfolgreichen Schuldenabbau hingestellt, gleichzeitig aber wegen seiner Involvierung in den Drogenhandel sanktioniert wird, so mutet das schon etwas paradox an. Alles in allem, in der Verbindung von Schuldenabbau, Strukturanpassung und Globalisierung erweist sich Drogenhandel als ideales Relais.

Die USA sind mit 60 Prozent aller konsumierten Drogen der weltweit größte Drogenkonsument und allein schon dadurch in der „Drogenglobalisierung“ entscheidender *player*. Trotz ihrer klar fixierten, militärischen Anti-Drogenstrategie können sie weder der Drogenökonomie noch deren anomisierenden Wirkungen Herr werden. Sie nähern sich dem Problem mit dem Diskurs eines generellen „Schuldexports“ in die drogenexportierenden Länder. Dies wird mit dem üblichen Diskurs eines für die innere Sicherheit bedrohlichen „äußeren Feindes“ verbunden, dem der Krieg erklärt werden muss. Das Dilemma der USA besteht nun darin, die Schuld gleichzeitig globalisieren und individualisieren zu wollen. Seit Reagans Präsidentschaft, der von Nixon den *war on drugs* übernommen hatte,⁸² hat der zuvor juristisch-transnationale Drogen-Diskurs eine geopoliti-

79 Vgl. Cambio 16, Septiembre 27-Octubre 4, 1993.

80 Vgl. The Economist, (1988) October 8, S. 22.

81 Vgl. H. Busch, Drogenunternehmer, politische Herrschaft und „Drogenkrieg“. Das Beispiel Kolumbien, in: Prokla, Jg. 21, Nr. 4, 1991, S. 566.

82 Vgl. R. Beke-Bramkamp, Die Drogenpolitik der USA, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland und den europäischen Einigungsprozess. Baden-Baden 1992, S. 88ff. D. W. Fitz-Simons, Overview of the War on Drugs, in: South-Eastern Latin Americanist, Jg. XXXVI, Nr. 4, 1993, S. 13ff.

sche Ausrichtung erhalten. Unter den Bedingungen der Globalisierung wurde letztere mit einem ökonomisch-transnationalen Diskurs verbunden.⁸³ Es waren nun nicht mehr allein die kolumbianischen *narcos*, durch die die USA ihre „*nationale* Sicherheit“ tödlich bedroht sahen,⁸⁴ sondern der drogengestützte kollektive „transnationale Kriminelle“,⁸⁵ der die „*globale* Sicherheit“ in Frage stellt und in dieser Eigenschaft den verflochtenen kollektiven Feind „Kommunismus“ ablöst. Im Diskurs der Bush jr.-Regierung wurde der „transnationale Kriminelle“ vom „transnationalen Terroristen“ ersetzt. Die USA versuchen nach gusto durch die Dezertifizierung bestimmter drogenexportierender Staaten die Schuld zu individualisieren und Keile zwischen sie zu treiben. Dabei wird diese Schuld weniger bei den *narcos* des jeweiligen Landes gesucht, als dass das jeweilige Land selbst zum Schuldigen erklärt wird.⁸⁶ Das dem *war on drugs* zugrundeliegende US-amerikanische Konstrukt, dass Kolumbien ein Sicherheitsproblem für die USA sei, haben inzwischen auch die Kolumbianer selbst verinnerlicht.⁸⁷

Die Drogenproblematik wurde für die USA, die Drogen als Massenvernichtungswaffen betrachten, nach der Weltenwende statt des Kommunismus zum neuen Vorwand für eine mögliche Intervention auch und gerade in Kolumbien. Der am 13. Juli 2000 vom US-amerikanischen Kongress bestätigte und bis 2005 anberaumte „Plan for Peace, Prosperity, and the Strengthening of the State“ (Plan Colombia), der unter starker Umarbeitung durch republikanische US-Senatoren des ursprünglichen kolumbianischen Plan Colombia von 1998 verfasst worden war, erklärt das Drogenproblem, darunter vor allem den illegalen Drogenanbau, zum Ursprung aller Gewalt. Dies wurde allein schon darin deutlich, dass im Vergleich zum originalen im gültigen Plan Colombia das Kapitel zur Anti-Drogenstrategie im Text nach vorn und das dem Friedensprozess gewidmete ganz nach hinten gerückt ist.

In Kurzfassung heißt die Logik des Plans: Man nehme Herbizide oder Pilzkulturen,⁸⁸ rotte damit die Koka- und Schlafmohnkulturen zunächst in Putumayo, später im Südosten Kolumbiens und dann im ganzen Land mit Stumpf und Stiel aus, beraube damit die FARC, die im Süden des Landes ihre Basis haben, ihrer finanziellen Ressourcen und, sollten sich diese widersetzen, gebe man noch ein paar Kugelladungen aus gepanzerten Kampfhubschraubern hinzu – und voilà – Kolumbien ist gewaltfrei. Die vom Plan Co-

83 Vgl. R. del Olmo, *Las drogas y sus discursos*, in: Comisión Andina de Juristas, *Drogas y control penal en los Andes. Deseos, utopías y efectos perversos*, Lima 1994, S. 180ff.

84 Vgl. B. M. Bagley/J.G. Tokatlian, *Droga y dogma, La diplomacia de la droga de Estados Unidos y América Latina en la década de los Ochenta*, in: *Pensamiento Iberoamericano*, Nr. 19, 1991, S. 238ff.

85 Tokatlian 1995, a.a.O. (Anm. 1), S. 108.

86 Vgl. J. G. Tokatlian, *Diplomacia coercitiva, narcotráfico y crisis, El deterioro irreversible de las relaciones entre Estados Unidos y Colombia?* in: F. Leal Buitrago (Hg.), *Tras las huellas de la crisis política*, Bogotá 1996, S. 194.

87 Vgl. A. B. Tickner, „Colombia“ es lo que los actores estatales hacen de ella, una (re)lectura de la política exterior colombiana hacia los Estados Unidos, in: M. Ardila/D. Cadona/A. B. Tickner (Hg.), *Prioridades y desafíos de la política exterior colombiana*, Bogotá 2002, S. 374f.

88 Nicht einmal die DEA weiß genau, womit gesprüht wird. Vgl. *Semana*, Junio, 20, 2004.

lombia vorgesehene US-Hilfe von drei Milliarden Dollar ging zumindest die beiden ersten Jahre zu 85 Prozent an die kolumbianischen Streitkräfte, vor allem an das Batallón Antinarcótico. Für die Unterstützung des Friedensprozesses war nicht einmal ein Prozent vorgesehen. Der Plan autorisiert den US-Präsidenten, wenn er es für nötig hält, eigene Truppen in Kolumbien landen zu lassen.

Dieser Ansatz ist mehrfach absurd: Weder sind die *cocaleros*⁸⁹ die Ursache des Drogengeschäftes noch ist die Drogenökonomie die Ursache des Guerrillakampfes, auch wenn er sich partiell durch sie finanziert. Die Bush jr.-Regierung verfolgt im Zusammenspiel mit dem kolumbianischen Präsidenten Uribe auch weiterhin die Logik dieses Planes, der inzwischen in eine sechs Staaten umfassende Andean Counterdrug Initiative eingebunden ist. Uribe hat noch vor der Amtsübernahme ein Gesetz unterschrieben, das es erlaubt, die für den Antidrogenkampf bestimmten US-amerikanischen Ressourcen im Rahmen des Plan Colombia und des Konzepts der „demokratischen Sicherheit“⁹⁰ auch unmittelbar für den Kampf gegen die Guerilla einzusetzen, da man ja zwischen Drogenhandel und Terrorismus nicht unterscheiden könne. Kolumbien erhält die nach Israel und Ägypten größte US-amerikanische Militärhilfe. Durch die Besprühungen aus der Luft wurde zwischen 2000 und 2003 die Kokaanbaufläche im Vergleich zum Jahr 2000 um die Hälfte reduziert, sie ist aber immer noch doppelt so groß wie 1994, als mit dem Besprühen begonnen wurde. Die Effizienz ist gering: 2003 mussten 8,66 Hektar besprüht werden, damit ein Hektar kokafrei wurde, und all dies, ohne dass dadurch der Preis für Kokain auf dem US-Markt gestiegen wäre.

In den Beziehungen mit den USA steht der kolumbianische Staat unter Druck: Er will einerseits vor den USA gut dastehen, kann sich ihnen andererseits aber auch nicht völlig unterwerfen. Somit befindet er sich in der Zwickmühle, denn er handelt in jedem Fall falsch: Entweder er geht den USA zum Gefallen zu den *narcos* auf Konfrontationskurs und heizt damit die Gewalt im Land weiter an oder er lässt die *narcos* ökonomisch gewähren, was zwar deren Gewaltneigung vermindert, aber die USA verärgert. Die außenpolitische Schwäche des kolumbianischen Staates hat sich unter anderem in der Auslieferung von *capos* an die USA gezeigt.

3.2 Einfluss der Drogenökonomie auf Gewalt

Ob sich Drogenökonomie und Gewalt in einem symbiotischen Verhältnis befinden oder ob das eine vom anderen abgekoppelt werden kann, ist von eminenter praktischer Relevanz. Diejenigen, die deterministisch die Drogenökonomie als die Ursache der Gewalt

89 Kleinbauern, die Koka oder Schlafmohn anbauen.

90 Vgl. A. Mason, Colombia's Democratic Security Agenda, Public Order in the Security Tripod, in: Security Dialogue, Jg. 34, Nr. 4, 2003, S. 391ff. J. Dugas, The emergence of Neopopulism in Colombia? The case of Álvaro Uribe, in: Third World Quarterly, Jg. 24, Nr. 6, 2003, S. 1117ff.

schlechthin ansehen,⁹¹ sind in der akademischen Welt in der Minderheit, und bezeichnenderweise sind unter ihnen kaum Drogen-Spezialisten. Deren Aussagen zur Enge des Zusammenhanges bewegen sich zwischen den Annahmen, das illegale Drogengeschäft sei vorwiegend und notwendig,⁹² partiell und notwendig⁹³ oder nicht notwendig⁹⁴ violent. Mit Javier Giraldo wird hier davon ausgegangen, dass die direkt von Repräsentanten der Drogenökonomie verübte Gewalt minimal ist.⁹⁵

(a) Auf der **politökonomischen Ebene** ist vorauszusetzen, dass auf perfekt kompetitiven Märkten Gewalt nur das Resultat von Fehlkalkulationen ist.⁹⁶ Nun sind Drogenmärkte als rentendeterminierte und illegale Märkte aber keine kompetitiven Märkte. Gleichzeitig steht der in Kolumbien schwache Staat nicht zur Verfügung, diesen Markt zu ordnen, der wegen seiner Illegalität auch seinerseits an das Nichthandeln des Staates gebunden ist. Daher werden für das Funktionieren der Drogenmärkte andere – kompensierende – Ordnungs- bzw. Kohäsionsinstrumente herangezogen. Obgleich es sich bei ihnen um keine kompetitiven Märkte handelt, sind sie somit doch nicht anarchisch. Für das Ordnen und den Schutz des Drogenmarktes und seines Umfeldes finden dieselben Kompensationsmechanismen Anwendung, wie sie in Kolumbien mit Klientelismus und Gewalt generell wirken. Doch der Ressourcen-Mix von klientelistischen Vertrauens- und gewaltinhärenten Sanktionsmechanismen wird von den *narcos* ungleichgewichtig angewandt: Gewalt – deren Transaktionskosten größer als die des Klientelismus sind – wird i.d.R. als ultima ratio nur dann und dort eingesetzt, wo Vertrauen schwindet. Zwischen den „Kartellen“ ist Gewalt ohnehin die Ausnahme statt die Regel, denn der Kuchen ist groß genug für alle, und die Kooperation gegen äußere Bedrohungen ist wichtiger als der Streit um jeden Krümel.

Die *narcos* kaufen die Gewalt in Verkaufsagenturen oder auch direkt bei *sicarios* und/oder *autodefensas* (Selbstverteidigungsgruppen) bzw. *paramilitares* und sind dabei zwar deren finanzkräftigster, aber nicht der einzige Käufer. Einen Teil ihrer Drogenrenten investieren die *narcos* für den Fall, dass ihr Geschäft gestört wird, in einen privaten Gewaltapparat. Allein seine permanente Verfügbarkeit garantiert die Funktionsfähigkeit der Drogen-Netzwerke. Insofern ermöglichen Drogenrenten den *narcos* ein Gewaltmonopol

91 Vgl. J. Giraldo in einem Interview mit dem Titel: Aquí está en juego la supervivencia y la dignidad del ser humano. Entrevista a Javier Giraldo, in: I. Agirre (Hg.), Colombia. Un pueblo sentenciado a muerte. Donostia 1998, S. 19.

92 Vgl. D. Pécaut, Presente, pasado y futuro de la violencia en Colombia, in: Desarrollo Económico, Jg. 36, Nr. 144, 1997, S. 899.

93 Vgl. Tokatlian 1995, a.a.O. (Anm. 1), S. 6.

94 Vgl. Reuter 1983, a.a.O. (Anm. 39), S. 132. „Die Gewaltanwendung ist die Ultima ratio eines Marktes, in dem gebrochene Abmachungen nicht vor einem formalen Rechtsapparat eingeklagt werden können.“ F. Sarmiento/C. Krauthausen, Die Kokainbranche, in: Krauthausen (Hg.) 1990, a.a.O. (Anm. 29), S. 91. Doch: „Da die Gewalt sowohl kostspielig als auch riskant ist, suchen die individuellen Akteure das Risiko eines Betrugs oder Verrats noch vor dem Abschluss einer Übereinkunft auszuschließen.“ Ebenda., S. 99.

95 Vgl. Giraldo, in: Agirre (Hg.) 1998, a.a.O. (Anm. 91), S. 19.

96 Vgl. Reuter 1983, a.a.O. (Anm. 39), S. 132, 139.

über ihre Segmente und Netzwerke, wodurch wiederum zusätzliche Renten entstehen. Doch dieses Gewaltmonopol bedeutet nicht notwendig Gewaltausübung. Es ist zudem immer ein partielles, nur über bestimmte Segmente und Netzwerke ausgeübtes und ein regionales, sich nicht über das gesamte Staatsgebiet erstreckendes. Es sind auch nicht die *narcos* allein, die zur Privatisierung und Anomisierung des vom Staat beanspruchten öffentlichen Gutes „Gewalt“ beitragen: Es existiert eine Vielzahl von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die von den *narcos* unabhängig sind.

(b) Auch auf der **historisch-soziologischen Ebene** bestätigt sich, dass die Privatisierung von Gewalt in Kolumbien durch die Drogenökonomie zwar noch befördert wurde, aber bereits lange vor deren Etablierung begann. Die *narcos* konnten auf die bereits vorhandene Ressource des komparativen Vorteils einer privatisierten Gewalt zurückgreifen, die sie bei Bedarf für sich instrumentalisierten, wie es umgekehrt der Staat auch mit den Ressourcen des Drogenhandels tat. Schon die bäuerlichen *autodefensas*, aber auch die paramilitärischen *pájaros* und *chulavitas* während *La Violencia* waren nichts anderes als Formen einer privatisierten Gewalt. Es war der Staat selbst, der lange vor jeglicher Drogengewalt aus Angst vor der Guerrilla mit dem Gesetz No. 48 von 1968 die legislative Grundlage für die Bildung von Zivil-Patrouillen und deren Versorgung mit Waffen aus Armeebeständen⁹⁷ und damit für die Tolerierung, ja Förderung von *paramilitares* schuf. Das Gesetz blieb bis 1989 in Kraft, als Präsident Barco die *paramilitares* zu terroristischen Gruppen erklärte.

(c) Auf der **politischen Ebene** ist das **Verhältnis des Staates zur „Mafia“** ein ambivalentes: Einerseits profitiert der Staat von Drogengeldern. Andererseits leidet er genau deshalb immer wieder unter Regierbarkeitskrisen. Er versucht gegenüber den *narcos* eine Attitüde der Selbstprotektion (Repression und Verfolgung) und Inkorporation (Kooperation und Straffreiheit). Dabei steht er vor dem Dilemma, weder einen Krieg gegen die *narcos* auf Leben und Tod führen zu können, weil er dafür selbst zu schwach ist und dies die Gewalt nur verstärken würde, noch sie tatsächlich inkorporieren zu können, allein schon weil die *narcos* für grausame Verbrechen verantwortlich zeichnen. Daher sind nicht nur für die *narcos*, sondern auch für den Staat *soft politics* kostenärmer als die Härte der Repression: So bewirkte die repressive Ausschaltung der *capos* des Medellín- und des Cali-„Kartells“ in der ersten Hälfte der 1990er Jahre lediglich eine zunehmende Dezentralisierung des Drogengeschäftes und das Auftauchen neuer Drogenhändlerlinge, welche die Konkurrenz verstärkten, wodurch die Preise sanken. Die Repression hatte damit nicht eine Verringerung, sondern eine Verbesserung des Drogenangebotes zur Folge. Zwar ist der Staat kein bloßer Appendix der Drogenökonomie und *insofern* auch kein „Drogenstaat“, doch seine Beziehungen zu den *narcos* delegitimieren, deformieren und deinstitutionalisieren ihn. Gleichzeitig vermehrt und anomisiert sich das von der Drogenökonomie ausstrahlende Gefahrenpotenzial in dem Maße, wie sie sich über die vielfältigsten Kanäle

97 Vgl. American Watch, The „Drug War“ in Colombia. The Neglected Tragedy of Political Violence, New York/Washington 1990, S. 11ff.

mit Politik und Gesellschaft verknüpft: „Die Drogenökonomie ko-strukturiert die Gesellschaft.“⁹⁸

Auch das **Verhältnis der „Mafia“ zum Staat** ist ambivalent: Die „Mafia“ kann einerseits nur insoweit und so lange überleben, wie der Staat als legale Institution nicht funktionsstüchtig ist bzw. sich oder einige seiner Institutionen „illegalisiert“, indem er die Drogenökonomie toleriert oder die Drogenökonomie ihn zu unterwandern vermag. Die Verbindung von chronischem Nichthandeln des Staates und dessen formal-demokratischem *procedere* gibt dafür das beste Fundament ab. Andererseits kann es aber zwischen illegalem Geschäft und Staat auch keine vollkommene Symbiose geben, da der Staat um den Preis seiner Existenz seinen legalen Anspruch aufrechterhalten muss. Die *narcos*, die selbst vorgeben, sich aus dem Drogengeschäft zurückzuziehen, sobald ihnen der Verzicht auf ihre Auslieferung in die USA und die generelle Amnestie garantiert wird, umgehen den Staat, wenn staatliche Verregelung und Sanktion ihr Geschäft stört. Sie sind aber auch Nutznießer elementarer staatlicher Administration. Doch fürchten sie deren Sanktionskraft, die sie aber durch konsensuale Unterwanderung, Korruption oder die *Androhung* von Gewalt zu vermeiden suchen. Zur physischen Gewalt gegenüber dem Staat greifen sie, wie z.B. im Gefolge der Auslieferungsverträge, wenn sie sich oder ihr Geschäft vom Staat unmittelbar bedroht sehen.

Einige Zeit versuchten die *narcos* über Parteien und dann sogar – direkt als Parlamentsabgeordnete oder indirekt über Korruption – in staatliche Institutionen Eingang zu finden. Anfang der 1980er Jahre fassten die *narcos* in den traditionellen Parteien Fuß, gründeten aber auch eigene Parteien: So hatte Pablo Escobar zusammen mit Jairo Ortega Ramírez für den Nuevo Liberalismo kandidiert, aus dem beide indes später ausgeschlossen wurden, doch Ortega und Escobar konnten als Stellvertreter ihren Sitz in der Abgeordnetenkammer des Parlaments einnehmen. Nach einem Intermezzo in der Alternativa Liberal wandte sich Escobar dann mit dem Civismo en Marcha der lokalen Politik in Medellín zu. Nach seiner Flucht aus dem Gefängnis La Catedral im Juli 1992 lancierte Escobar mit Antioquia Rebelde eine politisch-militärische Organisation, welche die Autonomie von Antioquia reklamierte. Der *narco* Carlos Lehder Rivas, ein Bewunderer von Che Guevara und Hitler, gründete in Armenia das Movimiento Latino Nacional, das den Namen Los Extraditables annahm, anti-yankeeistische Positionen verkündete und sogar einige Abgeordnete stellte. Fürderhin gab sich diese Bewegung, die in Quindío, Armenia und La Tebaida Sitze in der örtlichen Legislative erreichte, den Namen Movimiento Latino Socialista und publizierte die Zeitschrift Quindío Libre. Die rechtsextreme MORENA unter Iván Roberto Duque galt als „[...] Höhepunkt einer Symbiose von Drogenhandel, autodefensas, Gruppen von Meuchelmördern, die von ausländischen Söldnern und von Agrarunternehmern trainiert wurden, die von der ständigen Bedrängnis der Guerrillas ermüdet waren.“⁹⁹ Die Regierung meinte, die Bewegung, die für die *paramilitares* das ist

98 Kaplán 1993, a.a.O. (Anm. 48), S. 113.

99 Vgl. ebenda, S. 177.

„[...] was die UP für die FARC ist“,¹⁰⁰ als legale Partei anerkennen und im Magdalena Medio legalisieren zu müssen.

Erst als 1984 mit Carlos Nader Simons ein kolumbianischer Parlamentsabgeordneter in den USA wegen Drogenhandel festgenommen wurde und damit die Verbindung zwischen *narcos* und Staat evident geworden war, was auch den Staat in eine prekäre Lage brachte, vollzogen beide einen Wandel in ihrem Verhältnis zueinander: Sie gingen nun auf Konfrontationskurs. Die *narcos* suchten nach Instrumenten zum Selbstschutz gegenüber dem Staat und nach Möglichkeiten, die legale Wirtschaft zu kontrollieren.¹⁰¹ Im Zuge eines zentralistischen Intermezzos in der Drogenökonomie einerseits und ihrer erstmals direkten Konfrontation mit dem Staat andererseits begannen die *narcos* auf schon existente *autodefensas* finanziellen Einfluss zu nehmen und auch eigene Todesschwadronen wie die MAS zu gründen. Mit der Ermordung des Justizministers Lara Bonilla 1984 durch die *narcos* begann eine Kette mafioser antistaatlicher Gewalt, die über die Tötung des Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei, Luis Galán Sarmiento, 1989 bis zu der des Justizministers a.D. Enrique Low Murtra 1991 reichte. Die sich anomisierenden und violentisierenden Konfliktlinien mündeten somit in einen „schmutzigen Krieg“, dem auch an der ursprünglichen Konfrontation völlig Unbeteiligte zum Opfer fielen.

Bildete der Beginn der 1980er Jahre für das Verhältnis von Drogenökonomie und Politik insofern eine Zäsur, als Teilnahme an der Politik für die *narcos* allmählich zu einer entscheidenden Ressource zur Absicherung ihres Geschäftes wurde, wich mit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Klientelismus und Konsens einer stärkeren Gewaltausübung, was auch eine tendenzielle Verlegung des politischen Aktionsradius‘ der *narcos* vom Raum der politischen Institutionen (Staat und Parteien) in den Raum zwischen Wirtschaft und Staat – die Zivilgesellschaft – bedeutete. Erst als die parteipolitischen Versuche der *narcos*, sich in der formalen Politik zu etablieren, gescheitert waren, versuchten sie, stärker nichtinstitutionell – über Korruption von Politikern, Armee- und Polizeiangehörigen¹⁰² – und durch die Etablierung illegaler vigilantistischer Organisationen ihre Handlungsräume abzusichern. Spätestens seit 2002 gibt es für die *narcos* möglicherweise wieder einen direkten Zugang zur offiziellen Politik: Mit Uribe hat seitdem ein Mann das Präsidentenamt inne, der zuvor als Bürgermeister von Medellín und Chef der zivilen Luftfahrt nicht „frei“ von guten Beziehungen sowohl zum Medellín- als auch zum Cali-„Kartell“ gewesen war und als Senator sich gegen die Auslieferung der *narcos* gewandt hatte.¹⁰³ Als Gouverneur von Antioquia war er zum „Vater“ der CONVIVIR, einer Bürgerwehr mit guten Beziehungen zu Kriminellen und *paramilitares*, avanciert. Die Defense Intelligence Agency der

100 Semana, Agosto 15, 1989, S. 25.

101 So suchte Lehder Rivas die Kontrolle der Grupo Cafetero und Escobar nahm Einfluss auf agroindustrielle Unternehmen.

102 Vgl. persönliches Interview mit Ricardo Vargas, a.a.O (Anm. 53).

103 Vgl. J. Contreras, Biografía no autorizada de Álvaro Uribe Vélez (El Señor de las Sombras), Bogotá 2002, S. 48ff.

USA hat Uribe 1991 als die Nummer 82 auf die Liste der wichtigsten kolumbianischen Drogenhändler gesetzt.¹⁰⁴

Die *narcos* bilden nicht, wie die Guerrilla, alternative staatliche Strukturen. In ihrem jeweiligen Verhältnis zum Staat demonstrieren „Mafia“ und Guerrilla in Kolumbien eine höchst unterschiedliche Attitüde: Im Gegensatz zur Guerrilla steht die kolumbianische „Mafia“ in keinem direkten Konkurrenzverhältnis zum Staat. Denn sie strebt, zumindest solange sie nicht zum *narco-latifundista* evolutioniert ist, keine Macht über Territorien im Sinne einer Schmälerung des vom Staat beanspruchten Gewaltmonopols im Staatsgebiet an. Im Unterschied zur Guerrilla kooperiert die „Mafia“ sogar zuweilen mit dem Staat. Während für Guerrilla gegenstaatliche Gewalt zugunsten gesamtgesellschaftlicher Transformation der Sinn ihres Daseins ist, wenden *narcos* gegenstaatliche Gewalt nichttransformatorisch und nur dann an, wenn sie ihr Geschäft nicht mehr über Konsens gesichert sehen: „Die Jungs von Cali werden dich töten, wenn sie es tun müssen, aber sie ziehen es vor, einen Rechtsanwalt zu Hilfe zu nehmen.“¹⁰⁵ So ist überdenkenswert, wenn Jorge Castañeda schreibt:

„Den *narco* in das institutionelle Leben als Teil des Pakets der friedlichen Koexistenz zu integrieren, ist unabdingbarer Teil jedes gegenseitigen Verstehens, und letzteres ist eine essentielle Komponente, damit ein blutiger Bruderkrieg gegen den *narco* ausbleibt.“¹⁰⁶

Es hat sich also gezeigt, dass die Drogenökonomie in Kolumbien die gesamtgesellschaftlichen Strukturen, darunter die Gewalt, beeinflusst. Gewalt in Kolumbien unterscheidet sich deshalb relevant von Gewalt in Ländern ohne Drogenökonomie. Allerdings werden weder der Staat noch die Zivilgesellschaft noch die Gewalt von der Drogenökonomie *determiniert*. Seit dem Aufkommen der Drogenökonomie ist aber die *Anomisierung* dieser drei Umgebungsbereiche der Drogenökonomie und folglich auch ein neuer, anomischer Gewalttyp nachzuweisen. Es besteht also ein Kausalzusammenhang zwischen Drogenökonomie einerseits und Anomisierung sowie Intensivierung einer – zuvor noch strukturierter – Gewalt andererseits, jedoch keine Kausalität zwischen Drogenökonomie und Gewaltentstehung.

3.3 Typen der Drogengewalt

Es fehlt nun noch die phänomenologische Betrachtung jener Gewalt, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Drogenökonomie steht. Von der staatlichen sollen hier drei Typen nichtstaatlicher Drogengewalt unterschieden werden: Die von

- a) den *narcos* initiierte, an *paramilitares* und *sicarios* delegierte, gegen den *narco*-Konkurrenten ausgeübte,

104 Vgl. www.gwu.edu/~nsarchiv

105 R. Bryden (Chef der DEA in New York), zitiert in: El Espectador, 25 de Junio de 1991.

106 J. G. Castañeda, zitiert in: El País, Agosto 31, 1995.

- b) der Guerrilla initiierte, primär nicht für das Drogengeschäft, sondern für politische Ziele angewandte,
- c) den *narcos* an die *paramilitares* delegierte, gegen Guerrilla bzw. (weniger) Staat gerichtete Gewalt.

Was den Typ a), innermafiotische Gewalt, betrifft, so ist er weitaus weniger relevant als die Typen b) und c). Neben der staatlichen sind nur diese beiden Typen der Drogengewalt politisch. Das heißt, sowohl die sich durch Drogen finanzierenden Guerrillas als auch die *paramilitares* sind politische Akteure. Während die Guerrilla eine politische und ökonomische Transformation des Systems anstrebt, sehen die *paramilitares* ihr erstes Ziel in der Eliminierung der Guerrilla und ihr zweites in der Korrektur eines bei der Eliminierung der Guerrilla in ihren Augen ineffizienten Staates. Die *paramilitares* sind für 80 bis 85 Prozent aller politischen Morde, darunter eine Vielzahl von Massakern, verantwortlich, die Guerrilla höchstensfalls für den Rest.

a) **Innermafiotische Gewalt:** Die von den *narcos* ausgetragene innermafiotische Gewalt, welche zur Kontrolle und Ausdehnung ihres Marktes oder ihrer Ressourcen ausgeübt wurde, besaß immer ein vergleichsweise geringes Gewicht und eine nur kurzzeitige Relevanz.¹⁰⁷ Besondere Aufmerksamkeit hat erlangt, dass zwischen 1988 und 1993 das Medellín- und das Cali-„Kartell“ miteinander Krieg um ökonomische Einflussphären in den Handelsgebieten von New York führten, wo zunächst das Cali-„Kartell“ präsent war, dessen Handelsmonopol das Medellín-„Kartell“ aber dann in Frage stellte. Ein anderer Fall sind Los PEPES – Dissidenten des Medellín-„Kartells“ –, die um 1990 im Auftrag der Gebrüder Castaño mit Unterstützung des Cali-„Kartells“ gegen ihren früheren Dienstherrn Pablo Escobar vorgingen. Deren Informationen sollen am Ende entscheidend dafür gewesen sein, dass Escobar durch den Bloque de Búsqueda aufgespürt und auf der Flucht erschossen wurde. Insgesamt entspringt die innermafiotische Gewalt Interessenkollisionen um einzelne Segmente oder Netzwerke der Drogen-Kette, besitzt einen nur wenig strukturierten Charakter und wird weniger von Organisationen als von Individuen, nämlich von im Dienst der *narcos* stehenden *sicarios*, ausgeübt.

b) **Von der drogenfinanzierten Guerrilla ausgehende Gewalt:** Die bis heute immer wieder in den Medien der USA und Kolumbiens kolportierte Behauptung, die FARC seien eine *narcoguerrilla* oder ein „drittes Kartell“, stammt ursprünglich vom früheren US-amerikanischen Botschafter in Kolumbien, Lewis Tambs, der diesen Ausdruck 1984 in einem Interview geprägt hat,¹⁰⁸ um damit die Friedensgespräche zwischen der Regierung Betancur und der Guerrilla zu delegitimieren. Seitdem werden beide Bezeichnungen von der US-Drogen-Strategie verpflichteten Autoren¹⁰⁹ und der kolumbianischen Armee als

107 So etwa zwischen Escobar und den Gebrüdern Rodríguez Orejuela, zwischen Carranza Niño, Molina und Rodríguez Gacha oder zwischen Escobar Gaviria und Castaño Gil.

108 Vgl. L. Restrepo, Colombia. Historia de una traición. Madrid 1986, S. 80.

109 Vgl. z.B. M. G. Manwaring, Guerrillas, Narcotics, and Terrorism, Old Menaces in a New World, in: R. L. Millett/M. Gold-Biss (Hg.), Beyond Praetorianism. The Latin American Military in Transition, Miami 1996, S. 47ff.

ideologisches Instrument benutzt, weil – so legitimiert – für den Anti-Drogenkampf bestimmte Finanzen für den Krieg gegen die Guerrilla umgewidmet werden können. Doch die Begriffe *narcoguerrilla* und „drittes Kartell“ sind unpräzise: Sie stellen nicht klar, ob die FARC nur Drogenrenten über Steuern abschöpfen oder ob sie selbst *narcos* sind. Im letzteren Fall bliebe unklar, ob sie mit der ursprünglichen „Mafia“ kooperieren oder mit ihr als selbständige Produzenten und Distributoren konkurrieren und um Drogenrenten konfliktieren oder ob sie mit ihr überhaupt nichts zu tun haben, weil sie direkte Relationen nicht mit ihr, sondern nur mit den *cocaleros* bzw. kleineren Händlern eingehen. Schließlich lässt der Begriff *narcoguerrilla* offen, ob das Drogengeschäft ökonomischer (Selbst)Zweck oder Mittel zu einem anderen, politischen Zweck ist.

Hier soll vielmehr jenen Autoren zugestimmt werden, die das Verhältnis von Guerrilla und Drogenökonomie als eine „unbequeme Symbiose“¹¹⁰ oder als eine „beschränkte, opportunistische und schwache Verbindung“¹¹¹ einschätzen. Es wird hier das Argument geteilt, dass die Guerrilla in die Drogenökonomie zwar involviert ist, aber selten als Unternehmer.¹¹² Insofern sind Guerrilleros keine *narcos* und die Guerrillas auch keine „Kartelle“: Das Verhältnis ist vielmehr von Pragmatismus und dabei von Konflikt und Koinzidenz geprägt, regional differenziert und instabil. Wie jeder andere Akteur ist auch der Guerrillero ein *homo oeconomicus*, und für einen illegalen Akteur liegt eine Partizipation an der illegalen Wirtschaft nahe. Verbürgt ist, dass der Versuch einer Annäherung zwischen dem *capo* Rodríguez Gacha vom Medellín-„Kartell“ und dem FARC-Kommandanten Jacobo Arenas 1983 ergebnislos geendet hatte, weil Arenas es ablehnte, in La Uribe, dem Sitz des FARC-Sekretariats, für den Drogentransport Flugpisten zu errichten. Danach war nicht nur keine Rede mehr von einer Kooperation, vielmehr begann 1987 zwischen beiden im Magdalena Medio ein regelrechter Krieg, der sich gerade gegen die den FARC nahestehende linksdemokratische UP richtete. Gleichzeitig änderten jedoch die FARC, nachdem sie auf ihrer VII. Konferenz 1982 das Ziel einer schnellen Machteroberung fixiert hatten, ihre Strategie: Sie positionierten sich nicht mehr dort, wo die Ausbeutung am größten war, sondern wo natürliche Ressourcen schnellen Gewinn versprachen. Von den 189 Munizipien, in denen heute Koka angebaut wird, ist die Guerrilla in 162 präsent. Rodríguez' Gacha Geschäftspartner Escobar hat sich immer als Gegner der Guerrilla bezeichnet, selbst wenn er eine Affinität zu deren anti-yankeeistischer Position nicht ganz verleugnen konnte:

„Dass sie mich beschuldigen, Drogenhändler zu sein, von mir aus. Aber dass sie mich als Partner der Guerrilla zu präsentieren versuchen, das akzeptiere ich tatsächlich nicht, weil es meine persönliche Würde verletzt. Außerdem bin ich ein Mann der Investitionen und kann nicht mit den Guerrilleros einverstanden sein, die gegen das Privateigentum kämpfen.“¹¹³

110 A. Camacho Guizado, *Narcotráfico, coyuntura y crisis, sugerencias para un debate*, in: Leal Buitrago (Hg.) 1996, a.a.O. (Anm. 86), S. 149.

111 R.W. Lee III, *La conexión narco-guerrilla*, in: *Cocaína. Drogas, el Estado y la economía*, in: *Revista Occidental*. Madrid 1992, S. 68.

112 Vgl. persönliches Interview mit Rodrigo Uprimny Yepes, a.a.O. (Anm. 67).

113 *Semana*, Febrero 14, 1989, S. 23.

Die FARC haben sich natürlich vehement gegen ihre Qualifizierung als *narcoguerrilla* gewandt.¹¹⁴ Da sie aber ihre Finanzierung durch die Drogenökonomie nicht oder nur ungern zugeben, können sie auch nicht zwischen Involvierung in die Drogenökonomie als Mittel zum politischen Zweck und als Selbstzweck differenzieren. Sie identifizieren den Drogenhandel mit dem „kapitalistischen System“ und sehen auch zwischen Staat und *narco-paramilitarismo* eine völlig ungetrübte Allianz, die es jedoch so ungebrochen nicht gibt. Die FARC erkennen Drogenhandel als Delikt an, wollen aber nicht zur Polizei des Systems werden, dessen Überwindung ihr höchstes politisches Ziel ist.¹¹⁵

Spätestens nach der Ermordung 1987 von Jaime Pardo Leal, dem Präsidentschaftskandidaten der UP, durch einen von Rodríguez Gacha beauftragten *sicario*¹¹⁶ war die Feindschaft zwischen den FARC und den *capos* des Medellín-„Kartells“ perfekt. Dies führte zu bewaffneten Konfrontationen zwischen den *paramilitares* und den FARC. Die reine Konfliktivität in den Beziehungen zwischen *narcos* und Guerrilla ist darauf zurückzuführen, dass beide keine gemeinsame Ideologie und politische Agenda besitzen, allein schon weil die einen das Drogengeschäft konservieren und die anderen es zumindest längerfristig abschaffen wollen. Die *narcos* wollen im Gegensatz zur Guerrilla keinen politischen Wandel, sondern Legitimität innerhalb des status quo. Guerrilla und *narcos* konkurrieren vielmehr um den Surplus aus dem Drogengeschäft, etwa um Steuern. Konflikte treten beispielsweise auf, wenn die *narcos* es ablehnen, die *gramaje*¹¹⁷ zu zahlen. Die Beziehungen zwischen Guerrillas und *narcos* sind dort weniger konfliktiv, wo sich Verarbeitungsindustrien etabliert haben, als dort, wo die *narcos* ihren Surplus in Latifundien investiert haben.¹¹⁸ Dabei kristallisieren sich drei regionale Modelle heraus:

- 1) In jenen stabil konfigurierten Regionen, in denen die Guerrilla die Kontrolle ausübt, zahlen *cocaleros* und *narcos* Steuern an sie (Caquetá, Guaviare, Teile Metas).
- 2) In jenen stabil konfigurierten Regionen, in denen die *narcos* als *narco-latifundistas* die Kontrolle ausüben, lehnt sich die Guerrilla dagegen auf, was einen massiven militärischen Einsatz der *paramilitares* gegen sie bewirkt (Córdoba, Süden von Magdalena Medio, Meta am Ariari-Fluss).
- 3) In jenen instabil konfigurierten Regionen, in denen zwischen Guerrilla und *narcos* ein relatives Kräftegleichgewicht besteht, existiert zwischen beiden ein Verhältnis, das zwischen Konflikt, Konkurrenz und Komplementarität schwankt, was in der Regel die In-

114 Vgl. R. Reyes, Mitglied des Nationalen Sekretariats der FARC, zitiert in: www.contrast.org/mirrors/farc/entrevistas.htm.

115 Vgl. ebenda.

116 Eine Beteiligung von Armeemitgliedern ist nicht ausgeschlossen.

117 Steuererhebung, heute auf Drogenprodukte.

118 Vgl. M. E. Mujica/F. Thoumi, Las negociaciones de paz y la participación de las guerrillas colombianas en el narcotráfico, in: Colombia Internacional, Nr. 36, 1996, S. 41.

volvierung der Armee nach sich zieht (Norden Magdalena Medios, Norden Valles, Putumayo).¹¹⁹

In einen direkten Kontakt mit der Drogenökonomie treten die FARC dort, wo Koka angebaut und verarbeitet wird. Insgesamt sind die Beziehungen zwischen FARC und *cocaleños* bzw. zur Drogenökonomie vielschichtiger und komplizierter als die zwischen Guerrilla und *narcos*: Die FARC unterscheiden sich in ihrer Finanzierung vom ELN, der seine finanziellen Ressourcen durch Erpressungen und Entführungen vor allem aus der Erdölbranche gewinnt. Zwar ist es, wenn auch nicht von den Beschuldigten selbst, unbestritten, dass sich die FARC zu einem Teil durch eine Beteiligung am Drogengeschäft finanzieren, doch liegen dafür keine seriösen Zahlen vor. Gerade jene Literatur, die die These von der *narcoguerrilla* oder dem „dritten Kartell“ stützen will, argumentiert mit einem Zahlenmaterial, das sich auf keine oder höchst zweifelhafte Quellen stützt.¹²⁰ Es gibt auch keine seriösen Angaben dafür, wie hoch der Anteil der Finanzierung einerseits durch Drogen und andererseits durch Drohbriefe, Entführung, die willkürlichen wundersamen Fischzüge (Entführung oder Raub nach dem Zufallsprinzip), Erpressung durch die Drohung einer Entführung und monatliche Geldimpfung nach einem spezifischen Agrarsensus pro Viehbestand (unter der Drohung von Diebstahl oder Entführung) ist. Schätzungen gehen davon aus, dass sich die FARC gegenwärtig zu 40 Prozent durch das Drogengeschäft finanzieren. Die FARC sind flexibel genug, im Fall der Fälle die aus dem Drogengeschäft stammenden Ressourcen auch ganz durch andere Quellen zu ersetzen.

Ab Mitte der 1980er Jahre, nachdem die Kaffee-Grenze geschlossen war, haben sich die FARC innerhalb ihres grundsätzlichen agrarischen Kolonisationsinteresses auf die Gebiete des Drogenanbaus umorientiert. Ziel der FARC war es nicht, zum *narco* zu werden, sondern so wie einst die Kaffeerenten nun die lukrativeren Drogenrenten abzuschöpfen und, genauso wie Banküberfälle, Entführungen und Erpressungen als finanzielle Grundlage zur Umsetzung ihrer politischen Projekte zu nutzen.¹²¹ Inzwischen besitzen die FARC jedoch auch Plantagen und verkaufen das Kokain selbst. Ob sie auch eigene Laboratorien und Netzwerke besitzen, ist nicht bewiesen. Die Guerrilla verwendet die Drogengelder für Unterhalt und Ausrüstung. Verschwenderischer Luxus im Dschungel ist schwerlich vorstellbar. Selbst der Konservative kolumbianische Ex-Präsident Betancur hat bestätigt: „Niemand geht wegen des schönen Lebens in die Guerrilla. Dafür geht man an die Küste oder nach Deutschland.“¹²²

119 Vgl. A. Reyes, Drug Trafficking and the Guerrilla Movement in Colombia, in: B. Bagley/W. O. Walker III (Hg.), Drug Trafficking in the Americas, New Brunswick/London 1994, S. 125f.

120 Vgl. z.B., L. A. Villamarín, El cartel de las FARC. O.O. 1996. J. E. La Rotta M., La finanzas de la subversión colombiana. Una forma de explotar la nación, Bogotá 1996.

121 Vgl. J. Zuluaga, Rebeldes o delincuentes. El estatuto de la guerrilla colombiana, in: CINEP. Los Bancos de Datos. Sistematización en Derechos Humanos, Bogotá 1995, S. 50.

122 Persönliches Interview mit Belisario Betancur; früher, Präsident der Republik Kolumbien; zum Zeitpunkt des Gesprächs, Konservativer, Direktor der Fundación Santillana para Iberoamérica (08.08.97).

Die FARC hatten sich in den Drogenanbaugebieten die Norm gesetzt, Sicherheit zu garantieren, einen graduellen Wandel der Anbaukulturen von Koka zu Nahrungsmitteln bis zum Verschwinden des Koka-Anbaus zu befördern, die Entstehung neuer Latifundien zu verhindern und ein Steuer- bzw. Finanzsystem zu implementieren, das für *cocaleros* eine Steuer von zehn und für Händler von acht Prozent des Verkaufspreises beinhaltet. Zu einem Teil werden diese Steuern freiwillig gezahlt, zum anderen durch Androhung von Gewalt erpresst. Der Gewaltandrohung sind dabei immer Grenzen gesetzt, da sich Guerilla gerade in von ihr kontrollierten Gebieten die Zivilbevölkerung nicht zum Feind machen kann.

Im Selbstverständnis der FARC stehen die *cocaleros* als „Ausgebeutete“ für ein soziales Problem und die *narcos* für die kriminelle Dekadenz von Ausbeutern.¹²³ Die eigene Partizipation an der Drogenökonomie wird von ihnen als Beitrag zum Kampf gegen den „US-Imperialismus“¹²⁴ und zur Destabilisierung des kolumbianischen Staates gesehen. Die *cocaleros*, die sich im permanenten Konflikt mit den *narcos* befinden, betrachten die FARC als das kleinere Übel. Sie zahlen ihre Steuern an die Guerrilla seltener aus politischer Sympathie denn aus einer pragmatischen Motivation heraus. Denn die Steuererhebung erfolgt von der Guerrilla geordneter und gerechter als von Polizei, Armee¹²⁵ oder *paramilitares*, und anders als Polizei und Armee verbrennt oder vergiftet die Guerrilla die Kokakulturen nicht. Die *paramilitares* unterstützen dagegen dies. Die *cocaleros* sehen sich nicht selten von der Guerrilla geschützt,¹²⁶ doch in den Auseinandersetzungen zwischen FARC und AUC werden sie immer häufiger als Unterstützungsbasis der jeweils anderen Gruppierung angesehen und Opfer von Massakern, wie in Tibú, einer Hochburg früher der FARC und heute der AUC, wo im Juni 2004 34 *cocaleros* – in den Augen der FARC *paramilitares* – von den FARC ermordet worden sind.¹²⁷ Die Guerrilla wird von den *cocaleros* auch als Schiedsrichter bei Konflikten mit den Händlern und als Ordnungsmacht anerkannt. Während die FARC die *cocaleros* so lange unterstützen wollen, wie wegen mangelnder Lukrativität keine Diversifizierung des Anbaus durchgesetzt ist,¹²⁸ sehen die *narcos* in ihnen lediglich die billige Arbeitskraft. Sie verschärfen das Agrarproblem noch, entweder weil sie die Kleinbauern mit Gewalt dazu zwingen, ihr Land zu verkaufen oder weil sich wegen der Konkurrenz der finanzkräftigen *narcos* für die *cocaleros* jeglicher Landkauf ex-

123 Vgl. Lee III 1992, a.a.O. (Anm. 111), S. 55.

124 „... Mit Hilfe der Koka werden wir mit den Nordamerikanern Schluss machen.“ Zitiert in: Zuluaga 1995, a.a.O. (Anm. 121), S. 52.

125 Vgl. A. Molano, Violence and Land Colonization, in: C. Bergquist et al. (Hg.), Violence in Colombia. The Contemporary Crisis in Historical Perspective, Wilmington 1992, S. 214.

126 Vgl. F. García M., Coca, guerrilla y sociedad civil en el Guaviare, regulación de conflictos y otros controles, in: Colombia Internacional, (1995) Enero-Marzo, S. 26.

127 Die Homizidrate in dieser Region liegt bei 700 pro 100.000 Einwohner – zehnmal höher als der Landesdurchschnitt.

128 Bis zur ersten Koka-Ernte vergehen nur einige Monate, während die ersten Kaffee-Kirschen erst nach mehreren Jahren geerntet werden können, so dass völlig unterschiedliche Krediterfordernisse bestehen. Der Verkaufspreis für Koka ist weitaus höher als der für Kaffee. Während die Drogenhändler in der Regel die gesamte Koka-Ernte abnehmen, ist das bei den Kaffee-Händlern nicht der Fall.

trem verteuert. Sind die *cocaleros* durch relativ hohe Aufkaufpreise geködert, steigen in der Region sämtliche Preise – natürlich auch die für Agrarland. Damit wird jegliche legale Agrarproduktion wegen Preisverfall unrentabel, so dass die *cocaleros*, die sich ja nur marktwirtschaftlich verhalten, nicht auf andere Kulturen umsteigen können. Die Produzenten legaler Agrarprodukte wiederum werden durch den violenten, aber auch schon durch den ökonomischen Zwang in andere Regionen vertrieben, die sie nun womöglich ihrerseits mit Koka bepflanzen (müssen).

Die sich für die *cocaleros* aus der Guerrilla-Präsenz ergebenden Nachteile entstehen vor allem daraus, dass dadurch die Intervention der Armee provoziert wird. Die *narcos* ihrerseits ziehen die Armee als staatliche Institution der Guerrilla als Ordnungsmacht vor, allein schon weil der Staat und die Armee sich leichter korrumpieren lassen.¹²⁹ Für die Guerrilla ergeben sich aus ihrer Partizipation an der Drogenökonomie der Vorteil einer gesicherten Finanzierung ihres Kampfes, aber auch Nachteile: Legitimitätsverlust außerhalb der Koka-Regionen, Fragmentierung in reiche, in das Drogengeschäft involvierte, und in arme, in das Drogengeschäft nicht involvierte Fronten (von denen erstere mit diesem ökonomischen Hintergrund sogar die Autorität der zentralen Führung in Frage stellen können) und Banditisierung, die die eigene Veralltäglichung entscheidend befördert und Friedensverhandlungen immer wieder in die Zukunft verschiebt.

Der Begriff *narcoguerrilla* ist irreführend, wenn er suggerieren soll, dass die Guerrilla ein Drogen-Kartell sei und danach strebe, die Drogenökonomie zu kontrollieren bzw. die Partizipation am Drogengeschäft zum Zweck ihres Daseins zu machen und nicht ihr politisches Projekt. Dies ist in Kolumbien, wo die Guerrilla keine Drogenhandelsnetze kontrolliert, aber im Gegensatz zu den *narcos* ein politisches Projekt verfolgt, nicht der Fall. Bei einem Friedensdialog mit der Guerrilla würde das Thema *cocaleros* zweifellos behandelt werden müssen, was ohne die Konsultation der *narcos* wenig Sinn machte. Doch *narcos* am Verhandlungstisch ist für die Guerrilla eine unüberwindbare Hürde.

c) **Von den drogenfinanzierten paramilitares ausgehende Gewalt:** Im Unterschied zu den FARC entstanden die *paramilitares* (auch) zur Absicherung des Drogengeschäftes und besitzen selbst Laboratorien und kontrollieren (zusammen mit der Armee) Exportnetze. Die erste klassische paramilitärische Gruppe in Kolumbien war mit der MAS eine Todeschwadron, die 1981 als Antwort des Medellín-*capo* Jorge Luis Ochoa auf die Entführung von dessen Schwester Martha Nieves Ochoa durch die Guerrilla M-19 gebildet und zum Synonym für den wiedergegründeten *paramilitarismo* mit nationaler Dimension wurde. Auf der Gründungsversammlung in Cali waren 223 *capos* anwesend, von denen jeder zehn bewaffnete Männer für das „Unternehmen“ stellen wollte. Zu den Begründern des MAS sollen auch 59 Armeeangehörige gehört haben. Die MAS wurde nicht nur von den Ochoas, sondern auch von Escobar, Rodríguez Gacha, Fidel Castaño und Víctor Carranza Niño unterstützt. Aus ihr entstand – über das Vehikel Los Tangueros, geführt von den Gebrüdern Castaño – mit den ACCU die heute wichtigste *paramilitares*-Organisation. Sie selbst

129 Vgl. García M. 1995, a.a.O. (Anm. 126), S. 27.

nennt sich *autodefensa* und ist Kern des national koordinierten, hierarchisch strukturierten *paramilitares*-Verbandes AUC. Die AUC wurden lange von Carlos Castaño¹³⁰ geführt. Heute steht Salvatore Mancuso an ihrer Spitze. Auch Ex-Guerrilleros haben sich den AUC angeschlossen.

Die AUC entstanden zu einem Zeitpunkt, als sich *narcos*, die sich zuvor ausschließlich dem mobilen Drogengeschäft ohne Interesse an immobilien Territorien gewidmet hatten, nunmehr aus Geldwäschegründen als *narco-latifundistas* niederließen und damit auch ein Interesse an immobilien Territorien und deren Schutz bzw. an einer „Territorialisierung“ der Drogenrente entwickelten.¹³¹ Genau zu diesem Zweck bildeten sie eigene paramilitärische Gruppen. Im Laufe der Zeit gewann jedoch bei diesen Gruppen das Interesse an territorialer Macht eine gewisse Eigendynamik. Vom bloßen Instrument der *narco-latifundistas* avancierten die *paramilitares* damit zu einem relativ autonomen politischen Akteur.¹³² Die AUC behaupten jedoch, sich mit ihrem ersten Gipfel 1996 von den *narcos* gelöst zu haben und distanzieren sich in einem Schreiben an den Friedenskommissär der Regierung, Uribe Luis Carlos Restrepo, sowohl vom Terrorismus als auch von den *narcos*. Sie geben aber zu, sich zu 70 Prozent durch Einkünfte aus dem Drogengeschäft zu finanzieren.¹³³ Waren es einst vor allem Steuern, so sind die AUC heute in die gesamte Drogenkette eingebunden. Gleichwohl haben sie, etwa im Vergleich zur MAS, eine Autonomie von Staat und *narcos* erreicht. Zudem genießen sie die Unterstützung der Viehzüchter und finanzieren sich auch durch Entführungen und Benzinhandel. Sie sind nicht mehr unisono Handlanger der *narcos*, sondern stellen inzwischen den Drogenhandel in den Dienst ihrer politischen Interessen.

Uribe führt seit dem 1. Juli 2004 Verhandlungen mit den *paramilitares*, obwohl sie, genauso wie die Guerrilla, zu diesem Zeitpunkt die nötigen Bedingungen Feuereinstellung, Beendigung der Entführungspraxis und Ausstieg aus dem Drogenhandel nicht erfüllt hatten.¹³⁴ Mit der Guerrilla gelten dagegen diese Bedingungen inkonsistenterweise weiter, und es wird ihr gegenüber im Rahmen von Uribes Konzept der „demokratischen Sicherheit“ eine rein militärische Strategie priorisiert. Uribe kannte zu Beginn der Friedensgespräche noch nicht einmal die Identitäten der Verhandlungsführer der *paramilitares*. Als

130 Die Gebrüder Carlos und Fidel Castaño waren früher Mitglieder des Medellín-„Kartells“ und spätere Intimfeinde Escobars, die sich von den paramilitärischen Strukturen des Magdalena Medio/Puerto Boyacá unabhängig machten. Carlos Castaño hatte in Georgia, USA, militärisches Training erhalten, war später aus der Armee desertiert. Sein Vater war von den FARC umgebracht worden. Vgl. zu Castaños Sicht: M. Aranguren Molina, *Mi confesión. Carlos Castaño revela sus secretos*, Bogotá 2002.

131 Vgl. F. Cubides, *Las agrupaciones de narcotraficantes como agentes organizados de violencia, su dimensión territorial*, in: F. Cubides/A.C. Olaya/C.M. Ortiz, *La violencia y el municipio colombiano. 1980-1997*, Bogotá 1998, S. 216f.

132 Vgl. F. Cubides C., *De lo privado y de lo público en la violencia colombiana, los paramilitares*, Bogotá 1998, S. 75, 79.

133 Vgl. D. Spencer, *Colombia's Paramilitaries, criminals or Political Force*, December 2001, S. 10.

134 Vgl. International Crisis Group, *Colombia, President Uribe's Democratic Security Policy*, Brüssel/Bogotá, 13 November 2003, S. 11.

Voraussetzung für die Friedensgespräche mit den AUC hat der Kongress das Gesetz von 1997 abgeschafft, nur mit solchen bewaffneten Gruppen verhandeln zu können, die vom Staat als politische Akteure anerkannt sind. Obwohl in Kolumbien der Terminus „politischer Akteur“ als Gegenstück zum „Terroristen“ gilt, wird also im Fall der *paramilitares* auch mit einer Organisation verhandelt, die von der Regierung als „terroristisch“ bezeichnet wird. Die AUC verstanden sofort, dass es nie eine bessere Gelegenheit geben würde als unter Uribe, ohne größere Kosten, vielleicht sogar mit politischem Gewinn aus dem Konflikt herauszukommen und erklärten noch 2002 einen Waffenstillstand. Am 15. Juli 2003 haben der Hohe Friedenskommissär und neun AUC-Führer das Abkommen von Santa Fé de Ralito geschlossen, in dem vereinbart wurde, dass die Demobilisierung der AUC noch 2003 beginnen und 2005 beendet sein solle. Im März 2004 schlossen sich mit den AUC der Bloque Central Bolívar und der Bloque Vencedores de Arauca zu einer *mesa única* der *paramilitares* zusammen, um als solche vereint mit der Regierung zu verhandeln. Carlos Castaño zog sich in dieser Zeit aus dem Verhandlungsteam zurück. Am 13. Mai 2004 unterzeichneten der Hohe Friedenskommissär und zehn *Comandantes* der AUC, die 90 Prozent der *paramilitares* vertreten, das Abkommen von Fátima, das ihnen für eine – verlängerbare – Dauer von sechs Monaten eine Konzentrationszone von 368 qkm und den Beginn echter Verhandlungen verspricht. In dieser Zone dürfen sich die *Comandantes* zusammen mit 400 bewaffneten Leibwächtern aufhalten, ohne dass sie ihre Waffen abgeben und befürchten müssen, strafverfolgt oder ausgeliefert zu werden. Eine in einigen Punkten ähnliche Zone war den FARC einst gewährt, aber dann wieder, noch unter Präsident Pastrana, 2002 aufgekündigt worden.

Das Einlenken Uribes und der *paramilitares* ist auf die oben genannten guten Kontakte zwischen beiden zurückzuführen. Große politische Verluste hätten die AUC auch im Fall eines Friedensschlusses nicht zu befürchten: Sie sollen in ihren Einflusszonen über 35 Prozent der Sitze in der Legislative verfügen. Die AUC-Chefs Mancuso, Báez und Isaza durften am 27. Juli 2004 sogar im Kongress sprechen. Anzunehmen ist, dass demobilisierte *paramilitares* in privaten Sicherheitsdiensten oder Bürgerwehren recycelt werden. Die Drogenhändler werden die Verhandlungen zwischen Regierung und *paramilitares* nutzen, um ihr Eigentum zu waschen.¹³⁵

Die AUC haben nach US-Angaben¹³⁶ zwischen 1997 und 2002 17 Tonnen Kokain in die USA verbracht. Die früheren bzw. jetzigen AUC-Verhandlungsführer Carlos Castaño, sein Bruder José Vicente, Salvatore Mancuso, Rodrigo Escobar, Víctor Manuel Mejía und Francisco Javier Zuluaga haben in den USA entweder anhängige Prozesse wegen Drogenhandel oder gelten dort als „große Drogenhändler“ und/oder es liegt gegen sie ein Auslieferungsbegehren von seiten der USA vor. Sie hatten nicht erwartet, dass die USA nach 9/11 ihrer Verbindung zum Drogenhandel und Verstrickung in Menschenrechtsverlet-

135 Vgl. International Crisis Group, Colombia, Negotiating with the Paramilitaries, Brüssel/Bogotá, 16 September 2003, S. 3.

136 Vgl. J. Ashcroft, Attorney General, United Self-Defense Forces of Colombia (AUC) Indictment. September 24, 2002, in: www.state.gov/g/inl/rls/rm/2002/13663.htm.

zungen eine solche Priorität einräumen würden.¹³⁷ Die USA hatten die AUC zusammen mit den FARC und dem ELN im September 2001 auf die Liste der terroristischen Organisationen und Mitte 2003 auch auf die Liste der Drogenorganisationen gesetzt, mit denen keine Geschäfte abgewickelt werden dürfen und deren Gelder in den USA eingefroren wurden. Castaño und Mancuso verlautbarten, dass sie ihre Organisation demobilisieren würden, wenn sie die Garantie dafür bekämen, nicht in die USA ausgeliefert und generell nicht inhaftiert zu werden. Für die *narcos* finden sie die Auslieferung adäquat, sie selbst aber seien keine, und die Regierung habe das, indem sie mit ihnen verhandelte, de facto auch anerkannt.¹³⁸ Allerdings ist es die Entscheidung des kolumbianischen Präsidenten, ob er ausliefert oder nicht. Uribe will in den Verhandlungen mit den AUC das Thema Auslieferung nicht besprechen und steht im Verdacht, über neue Gesetze für die *paramilitares* Straffreiheit durchsetzen zu wollen. Das US-State-Department wird einerseits von der Auslieferungsforderung nicht abgehen wollen, andererseits aber auch keinen Konflikt mit seinem engsten südamerikanischen Verbündeten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus riskieren wollen.

Die AUC-Chefs sprechen sich zum Beweis ihrer guten Führung und um ihre Auslieferung zu vermeiden für die Besprühungen der Koka-Felder aus, kritisieren die Regierung aber dafür, das in den von der Guerrilla kontrollierten Territorien nicht konsequent genug zu tun.¹³⁹ Sie schlagen ihre Mithilfe bei der Besprühung vor und wollen auch, dass die USA am Verhandlungsprozess zwischen AUC und kolumbianischer Regierung teilnehmen. Einmal in der Legalität beabsichtigen sie, nicht ohne Scheinheiligkeit, eine Frente para la Defensa Estratégica Integral gegen Terrorismus und Drogenhandel zu gründen. Seit dem 16. April 2004 ist nun der langjährige AUC-Chef Carlos Castaño von der Bildfläche verschwunden. Manche nehmen an, er sei Opfer eines Attentats geworden, wobei sie die Täter im Kreis derer suchen, die als *para-narcos* Gegner des Verhandlungsprozesses mit der AUC sind. Reuters geht davon aus, Castaño sei erdrosselt worden. AFP behauptet, er befinde sich in Israel. Die AUC selbst glauben schließlich, Castaño werde bald wieder auftauchen und er verhandle bereits heimlich mit den USA über seine Nicht-Auslieferung.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Das Drogenproblem wird – weil grundsätzlich nur global – in nächster Zeit nicht zu lösen sein. Auf ein Austrocknen der Drogen als globaler Finanzquelle zu warten und der Gewalt

137 Vgl. F. Leal Buitrago, La seguridad durante el primer año del gobierno de Álvaro Uribe Vélez, in: Análisis Político, Nr. 50, 2004, S. 44.

138 Vgl. Estado Mayor Autodefensas Unidas de Colombia – AUC, 28 de Marzo de 2004, in: www.colombialibre.org/detalle.col.php?banner=editorial&id=4634.

139 Vgl. Estado Mayor Autodefensas Unidas de Colombia – AUC, 5 de Marzo de 2004, in: www.colombialibre.org/detalle.col.php?banner=editorial&id=4522.

bis dahin untätig gegenüberzustehen, wäre defätistisch und ist auch nicht notwendig. Die Öffnung der kolumbianischen Kriegswirtschaft zu einem von globalen Finanzquellen finanzierten Krieg hat sich schon vor dem Aufkommen des Drogenhandels und danach nie vollständig vollzogen. Auch geschlossene Kriegswirtschaft auf der Basis agrarischer Subsistenzwirtschaft ist noch immer – man denke allein an die Viehzucht als Quelle der Auseinandersetzungen zwischen Guerrillas und *paramilitares* – eine der Grundlagen zur Finanzierung des Krieges. Im Gegensatz zu ihren Pendanten in anderen lateinamerikanischen Ländern haben sich die FARC schon immer, auch im Kalten Krieg, vorwiegend autochthon finanziert und besitzen folglich auch historisch eine über die Drogenrenten hinausgehende Finanzierungserfahrung.

- 1) Die Drogenökonomie hat die in Kolumbien endemische Gewalt **nicht verursacht**. Die Gewaltursachen sind vielmehr in der Verfestigung von Armut durch das Schließen der Kaffee-Grenze, im unvollendeten *state-* und *civil society-building* sowie in einer defizitären Demokratisierung, die nicht über ein Regime-Hybrid hinausgegangen ist, zu suchen.¹⁴⁰ (Nur im Fall der *paramilitares* war Drogenökonomie tatsächlich kausal für die Genese eines Kriegsakteurs.) Will man Frieden, muss man an diesen strukturellen Faktoren ansetzen und sie auch zum Verhandlungsgegenstand mit der Guerrilla machen. Den Kampf gegen die Drogen vorzuschieben, ist ein Scheingefecht.
- 2) Durch ihre neue und besonders lukrative Finanzierungskapazität hat die Drogenökonomie allerdings den kolumbianischen Krieg **stabilisiert**. Keine der drei Kriegsseiten ist frei von einer Involvierung in dieses Geschäft. Dass sich politisch-militärische Akteure finanzieren müssen und gerade illegale Akteure dafür auch illegale Finanzquellen nutzen und sich dabei die lukrativsten herausuchen, sollte nicht verwundern. Für den Fall, dass die Drogenökonomie aus Kolumbien ausgelagert werden *sollte*, fänden die Gewaltakteure ohnehin leicht alternative Finanzquellen, die sie z.T. schon jetzt nutzen (Abschöpfen von Erdöl- und Smaragdrenten, Viehhandel, Entführung, Erpressung). Somit ist auch die Stabilisierung des Krieges letztlich nicht notwendig kausal an Drogengelder gebunden.
- 3) Vor allem jedoch hat die Drogenökonomie die Gewalt **anomisiert**: War seit der Gründung von FARC und ELN der bewaffnete Konflikt „Guerrilla versus Staat“ bis zum Aufkommen der Drogenökonomie in sich strukturiert und besaß auch eine Strukturierungskapazität für die gesamte politische Gewalt, änderte sich das Mitte der 1980er Jahre: Denn die beiden Pole des alten Konflikts verloren ihre zuvor klare politische Struktur, indem sie in das Drogengeschäft verwickelt wurden und Banditentum die Ränder dieses politischen Konfliktkerns aufzulösen begann. Mit den *paramilitares* „mischte“ zudem ein von Anbeginn mit der Drogenökonomie verquickter neuer Gewaltakteur den zuvor bipolaren Konflikt „auf“. *Sicarios*, CONVIVIR, die Protagonisten „sozialer Säuberung“ sind weitere neue Gewaltakteure, denen in diesem Report aus Konzentrationsgründen keine größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Differenzierung politischer Gewalt nahm also im Kontext der Drogenökonomie zu, ohne

140 Vgl. Zinecker 2002, a.a.O (Anm. 9).

dass sie von einer entsprechenden Regulierung begleitet worden wäre: Anomie hat Strukturiertheit verdrängt.

Es leiten sich folgende Empfehlungen ab:

- 1) Selbst bei Persistenz der Drogenökonomie kann Gewalt eingehegt und – zuvor – re-strukturiert werden: Es sollte möglich sein, ihre Anomie durch Repolitisierung zurück-zudrängen, wenn von außen Strategien entgegengehalten werden, die bewusst an das politische Interesse von Guerrilla und *paramilitares* anknüpfen. Beide sind politische Akteure mit einer großen und wachsenden militärischen Massenbasis. Während bei den *paramilitares* im Vergleich zum ökonomischen das politische Interesse allerdings nie *besonders* groß war, ist das ökonomische Interesse der FARC noch immer einer or-thodox-antiquierten leninistischen Ideologie und den entsprechenden politischen Prä-ferenzen untergeordnet. Statt die Guerrilla ins terroristische Abseits zu stellen, sollten sich vor allem internationale Akteure auch und gerade für deren Repolitisierung stark machen. Wenn sich bei den FARC drogenfinanziertes Banditentum und Ideolo-gie/Politik die Waage halten, dann kann dieses Gleichgewicht in jede der beiden Rich-tungen kippen. Kostenärmer ist es, die FARC bei ihrer „politischen Seele“ zu packen, diese zu stärken und auf eine Verhandlung zu orientieren, anstatt mit geringen Aus-sichten auf einen militärischen Sieg zu setzen. Durch die Militarisierungsstrategie der jetzigen Regierung Kolumbiens und der USA wird dagegen riskiert, dass bei den FARC der Anteil des Banditentums im Vergleich zu dem des politischen Projektes sogar eher noch steigt und der Konflikt eskaliert. Solange der Konflikt mit den Guerrillas nicht verregelt ist, werden immer wieder neue *autodefensas* oder *paramilitares* entstehen, um sie zu bekämpfen. Insofern haben die Verhandlungen der Regierung mit den *paramili-tares* nur Sinn, wenn sie durch Gespräche mit beiden Guerrillas komplementiert wer-den. Dies bedeutet allerdings auf keinen Fall einen gemeinsamen Verhandlungstisch mit den Guerrillas, an den sich letztere nie setzen würden. Für die Verhandlungen der Guerrilla implizieren die Gespräche mit den *paramilitares* einen Präzedenzfall. Denn es kann nun ja doch mit „Terroristen“, sogar durch Drogengelder finanzierte, verhandelt werden.
- 2) Da der Verhandlungsprozess mit den *paramilitares* nun einmal begonnen hat und die Chance bietet, dass damit von den drei zentralen Konfliktakteuren zumindest einer – d.h. dieser wenigstens zu etwa 80 Prozent – demobilisiert wird, wäre es unsinnig, die Verhandlungen abubrechen. Er sollte vielmehr zügig zu Ende geführt werden, auch wenn hier mit dem gleichen moralischen Anspruch zwei Positionen aufeinander sto-ßen: Während Menschenrechtsorganisationen, die zu Recht von einer Verquickung von Staat und *paramilitares* und davon ausgehen, dass letztere ihre Waffen vor allem gegen die Zivilbevölkerung einsetzen, dezidiert gegen die Anerkennung der *paramilita-res* als politischer Akteur und gegen Friedensverhandlungen mit ihnen sind, betrachten die relevanten internationalen Organisationen die Gespräche als *good news*. Sie äußern sich ansonsten aber zurückhaltend und fordern, dass diese nicht zu Lasten der Gerech-tigkeit und Entschädigung gegenüber den Opfern der *paramilitares* gehen dürfen. Es steht außer Frage, dass viele *paramilitares narcos* sind und es eine enge Beziehung zwi-schen *paramilitares* und Staat (insbesondere zu Teilen der Armee und Polizei) gibt.

Richtig ist aber auch, dass – anders als die FARC behaupten¹⁴¹ – Staat und *paramilitares* nicht ineinander aufgehen, weil die *paramilitares* durchaus auch vom Staat verschiedene Interessen verfechten, da sie ihn für ineffizient halten. Insgesamt besitzen sie sowohl zum Staat als auch zu den *narcos* ein Konflikt-Kooperations-Verhältnis – im ersten Fall mit einer geringeren und im zweiten Fall mit einer größeren Dosis Kooperation. Der Ausgang der Verhandlungen mit den *paramilitares* ist offen, auch weil nicht abzusehen ist, ob sich Uribe und das US-State-Department über das Problem der (Nicht-)Auslieferung einigen können. Da *paramilitares* wie Guerrillas zumindest insofern rationale Nutzenmaximierer sind als sie ihre persönliche Freiheit absichern wollen, kann von ihnen nicht erwartet werden, dass sie sich in Verhandlungen mit der eigenen Inhaftierung oder Auslieferung einverstanden erklären. Gleichzeitig bedeutet Verhandlung aber auch, dass alle Seiten Konzessionen eingehen. Eine solche Konzession sollte die Bildung einer Wahrheitskommission sein, von der die Gräueltaten aller beteiligten Akteure (auch des Staates), und zwar bei Namensnennung, aufgeführt werden müssen. Die Opfer der Gewalttaten müssen entschädigt werden.

- 3) Dass Gewalt auch inmitten einer Drogenökonomie eingehegt werden kann, impliziert nicht, dass nichts zur Bewältigung dieser Probleme getan werden müsste. Entsprechende internationale Anstrengungen zu einer globalen Lösung – die im Gegensatz zur US-Strategie das Problem der Nachfrage und des Handels gegenüber dem des Angebots priorisieren sollte – sind natürlich zu unterstützen. Wenn eine generelle Lösung in weiter Ferne steht, ist es richtig, bis dahin auch auf diesem Politikfeld kleine Schritte im Sinne von *harm reduction-strategies* zu unternehmen – alternative, legale Kulturen zu subventionieren, Kokapflanzen höchstens manuell statt chemisch auszurotten oder Drogenrenten entwicklungsbefördernd umzulenken. Kokafelder mit Gift zu besprühen, ist trotz der neuerdings erreichten Reduktion der Anbaufläche nicht nur teuer und ineffizient, sondern auch unsinnig und gefährlich, denn auch alternative Kulturen und Tiere werden betroffen. Die *cocaleros* selbst werden davon krank oder sterben – übrigens nicht nur in Kolumbien, auch im Nachbarland Ecuador. Entwurzelte *cocaleros* tragen Gifte wie Drogensamen in der Kleidung mit sich in die nächste Region. Ganz abgesehen davon, dass sie auch einfach resistenter Koka-Sorten kreieren oder aber beim Verlust ihrer Existenzquelle in die weitgeöffnete Umarmung der Guerrilla getrieben werden. Man sollte auch bedenken, dass Kolumbien ursprünglich gar kein Drogenanbaugebiet war und dennoch durch Verarbeitung, Transport und Distribution immer in die Drogenkette eingebunden war, so dass der Kokaanbau ohnehin zweitrangig für die Lösung des Drogenproblems ist. Da Drogenökonomie und Gewalt zwar nicht notwendig aufeinander verwiesen sind, aber einige gemeinsame Ursachen – wie Agrarproblem, Demokratiedefizite und Staatsversagen – besitzen, könnten mit der Beseitigung dieser Defizite „zwei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen werden.

141 Die FARC betrachten die *paramilitares* als „Säule eines Staatsterrorismus mit faschistischem Konzept“. Vgl. www.farcep.org/novedades/coyuntura/paramilitarismo/enero052004.php.

Abkürzungen

ACCU	Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia
CONVIVIR	Cooperativas Comunitarias de Vigilancia Rural
DEA	Drug Enforcement Agency
ELN	Ejército de Liberación Nacional
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
INCORA	Instituto Colombiano de la Reforma Agraria
M-19	Movimiento del 19 de Abril
MAS	Muerte a los Secuestradores
MORENA	Movimiento de Restauración Nacional
PEPES	Perseguidos por Pablo Escobar
UP	Unión Patriótica